
2001 **Ausgegeben zu Bonn am 20. Februar 2001** **Nr. 5**

Tag	Inhalt	Seite
15. 2. 2001	Gesetz über die assoziierte Mitgliedschaft der Republik Polen, der Tschechischen Republik und der Republik Ungarn in der Westeuropäischen Union GESTA: XA005	130
15. 2. 2001	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 6. März 1997 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über den Geheimschutz GESTA: XB002	133
12. 2. 2001	Zweite Verordnung zum Inkraftsetzen von Beschlüssen der OSPAR-Kommission nach Artikel 13 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (2. OSPAR-Verordnung)	138
22. 12. 2000	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-nicaraguanischen Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	160
2. 1. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-mazedonischen Abkommens über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	160
2. 1. 2001	Bekanntmachung des deutsch-bolivianischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	161
3. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	163
3. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung	165
4. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens	165
4. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche	166
4. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Weltgesundheitsorganisation	166
4. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die obligatorische Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge	167
5. 1. 2001	Bekanntmachung des deutsch-mauretanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	167
5. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls über die Immunitäten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	169
5. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Internationale Seeschiff-fahrts-Organisation	170
5. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über die Gründung der „Eurofima“ Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial	170
9. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung	171
9. 1. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-mongolischen Abkommens über den Fluglinien-verkehr	171
10. 1. 2001	Bekanntmachung des deutsch-niederländischen Vertrags über die Stationierung von Truppen der Bundesrepublik Deutschland im Königreich der Niederlande und über das Außerkrafttreten des früheren Abkommens	172
10. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Gründung einer europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten („EUMETSAT“)	174

Fortsetzung nächste Seite

Tag	Inhalt	Seite
10. 1. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Änderungen des Übereinkommens zur Gründung einer europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten („EUMETSAT“)	174
25. 1. 2001	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-mexikanischen Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	175
25. 1. 2001	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen	176

Gesetz über die assoziierte Mitgliedschaft der Republik Polen, der Tschechischen Republik und der Republik Ungarn in der Westeuropäischen Union

Vom 15. Februar 2001

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

(1) Dem in Brüssel am 23. März 1999 vom Ständigen Rat der Westeuropäischen Union gefassten Beschluss über die assoziierte Mitgliedschaft Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns (WEU-Vertrag – BGBl. 1955 II S. 256, zuletzt geändert durch Protokoll und Dokument vom 20. November 1992 – BGBl. 1994 II S. 782) und der Erklärung der Bundesrepublik Deutschland vom selben Tage wird zugestimmt.

(2) Der Beschluss und die Erklärung werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Beschluss für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 15. Februar 2001

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Der Bundesminister der Verteidigung
R. Scharping

Beschluß
über die assoziierte Mitgliedschaft
Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns

Decision
on Associate Membership
for the Czech Republic, Hungary and Poland

(Übersetzung)

The Permanent Council

welcoming

- the accession of the Czech Republic, Hungary and Poland to NATO;
- the confirmed wish of the Czech Republic, Hungary and Poland to become WEU Associate Members and recalling the transitional arrangements adopted in this perspective;

noting

- that, following the invitation of the Czech Republic, Hungary and Poland by the Secretary-General on behalf of the WEU Council to discuss their possible association, the three countries have been informed of the terms of and the acquis related to their becoming Associate Members;
- that the three countries have noted and accepted the acquis related to Associate Members as defined notably in the illustrative list of key documents attached at Annex;
- that the three countries accept the role of WEU as defined in the WEU Maastricht Declaration and the Declaration adopted by the WEU Council of Ministers on 22 July 1997;
- that the Czech Republic, Hungary and Poland accept in full Section A of Part III of the Petersberg Declaration;
- that the Czech Republic, Hungary and Poland accept the terms of this decision;

understanding

- that the status of WEU Associate Membership conveyed on the Czech Republic, Hungary and Poland is identical in all respects with that of the existing WEU Associate Members;

recalling

- that the participation of Associate Members is without prejudice to the provisions laid down in Article VIII of the modified Brussels Treaty;
- that the 1992 Document on Associate Membership and the 1994 Declaration following on from that Document cannot be modified without the consent of the Associate Members;

decides

- that the Czech Republic, Hungary and Poland shall become Associate Members of WEU;
- that this decision will be applied with immediate effect and will be confirmed in a Declaration to be agreed with the Czech Republic, Hungary and Poland at the WEU Council of Ministers in Bremen on 10 – 11 May 1999.

Der Ständige Rat –

erfreut über

- den Beitritt Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns zur NATO,
- den von Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn bekräftigten Wunsch, assoziierte Mitglieder der WEU zu werden, und unter Hinweis auf die Übergangsvorkehrungen, die in dieser Hinsicht getroffen wurden;

zur Kenntnis nehmend,

- daß Polen, die Tschechische Republik und Ungarn, nachdem sie durch den Generalsekretär im Namen des WEU-Rates zur Erörterung einer möglichen Assoziation eingeladen worden waren, über die Bedingungen und den Acquis unterrichtet wurden, die mit dem Status eines assoziierten Mitglieds einhergehen,
- daß die drei Staaten den Acquis, den der Status eines assoziierten Mitglieds mit sich bringt und der insbesondere in der beigefügten Auswahlliste von Dokumenten definiert ist, zur Kenntnis genommen haben und ihm zugestimmt haben,
- daß die drei Staaten die Rolle der WEU, wie sie in der Maastrichter Erklärung der WEU und in der vom WEU-Ministerrat am 22. Juli 1997 verabschiedeten Erklärung definiert ist, anerkennen,
- daß Polen, die Tschechische Republik und Ungarn Teil III Buchstabe A der Petersberg-Erklärung in vollem Umfang anerkennen,
- daß Polen, die Tschechische Republik und Ungarn die Bedingungen dieses Beschlusses anerkennen;

davon ausgehend,

- daß der Status der assoziierten Mitgliedschaft der WEU, der Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn verliehen wird, in jeder Hinsicht dem bereits assoziierter Mitglieder entspricht;

unter Hinweis darauf,

- daß die Teilnahme der assoziierten Mitglieder unbeschadet des Artikels VIII des geänderten Brüsseler Vertrags erfolgt,
- daß das Dokument von 1992 zur assoziierten Mitgliedschaft und die Folgeerklärung von 1994 zu diesem Dokument nicht ohne die Zustimmung der assoziierten Mitglieder geändert werden können –

beschließt,

- daß Polen, die Tschechische Republik und Ungarn assoziierte Mitglieder der WEU werden,
- daß dieser Beschluß mit sofortiger Wirkung Anwendung findet und in einer Erklärung bestätigt wird, die auf dem WEU-Ministerrat am 10. und 11. Mai 1999 in Bremen mit Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn abgestimmt wird.

**Anlage
Annex**

Auswahlliste
wesentlicher Bezugsdokumente zur assoziierten Mitgliedschaft

Illustrative list
of key reference documents related to Associate Members

- | | |
|--|---|
| a) Section A of Part III of the Petersberg Declaration of 1992 | a) Teil III Buchstabe A der Petersberg-Erklärung von 1992 |
| b) Document on associate membership of WEU of the Republic of Iceland, the Kingdom of Norway and the Republic of Turkey (CM(92)30 final) | b) Dokument zur assoziierten Mitgliedschaft der Republik Island, des Königreichs Norwegen und der Republik Türkei in der WEU (CM(92)30 endgültige Fassung) |
| c) Minutes agreed in connection with the Document on associate membership at the WEU Ministerial Council on 20 November 1992 in Rome (CM(92)31 final) | c) Protokoll, das im Zusammenhang mit dem Dokument zur assoziierten Mitgliedschaft auf der Tagung des WEU-Ministerrats am 20. November 1992 in Rom vereinbart wurde (CM(92)31 endgültige Fassung) |
| d) Presidency declaration extracted from summaries of discussions between WEU and the three other European Member States of the Atlantic Alliance (CM(92)32 final) | d) Erklärung der Präsidentschaft, entnommen der Zusammenfassung der Gespräche zwischen der WEU und den drei anderen europäischen Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses (CM(92)32 endgültige Fassung) |
| e) Kirchberg Declaration (part III): Declaration following on from the 'Document on Associate Membership' of 20 November 1992 | e) Kirchberg-Erklärung (Teil III), Folgeerklärung zum „Dokument zur assoziierten Mitgliedschaft“ vom 20. November 1992 |
| f) Participation of European Allies in WEU operations using NATO assets and capabilities, as well as in the planning and preparation of such operations (CR(97)22, B.IV and Agreed Minutes at Annex) | f) Beteiligung der europäischen Bündnispartner an Operationen der WEU unter Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO sowie an der Planung und Vorbereitung solcher Operationen (CR(97)22, B.IV und vereinbartes Protokoll in der Anlage) |
| g) Document on the Implementation of paragraph 14, 4 th – 6 th indents of the WEU Declaration of 22 July 1997 (CM(97)47) | g) Dokument über die Durchführung des Absatzes 14, 4. bis 6. Spiegelstrich, der WEU-Erklärung vom 22. Juli 1997 (CM(97)47) |
| h) Council decision on extending participation in Space activities to Associate Members (C(95)137) | h) Ratsbeschluß über die Ausdehnung der Beteiligung an Weltraumaktivitäten auf assoziierte Mitglieder (C(95)137) |
| i) Council decision on the possible secondment of image analysts from Associate Members to the Satellite Centre (CM(98)22) | i) Ratsbeschluß über die mögliche Abordnung von Bildauswertern aus den assoziierten Mitgliedstaaten an das Satellitenzentrum (CM(98)22) |

**Erklärung
der Bundesrepublik Deutschland vom 23. März 1999
bei der Beschlußfassung des Ständigen Rates der WEU
über die assoziierte Mitgliedschaft der Republik Polen, der Tschechischen Republik
und der Republik Ungarn in der Westeuropäischen Union**

(Übersetzung)

Für die Bundesrepublik Deutschland bedarf das Dokument über die assoziierte Mitgliedschaft Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns der Ratifikation.

For the Federal Republic of Germany, the document on the Associate Membership for the Czech Republic, Hungary and Poland is subject to ratification.

**Gesetz
zu dem Übereinkommen vom 6. März 1997
zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags
über den Geheimschutz**

Vom 15. Februar 2001

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Brüssel am 6. März 1997 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über den Geheimschutz wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 6 Abs. b für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 15. Februar 2001

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister des Innern
Schily

Der Bundesminister des Auswärtigen
J. Fischer

Der Bundesminister
für Wirtschaft und Technologie
Müller

Der Bundesminister der Verteidigung
Scharping

Übereinkommen
zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags
über den Geheimschutz

Agreement
between the Parties to the North Atlantic Treaty
for the Security of Information

Accord
sur la sécurité des informations
entre les Parties au Traité de l'Atlantique Nord

(Übersetzung)

The Parties to the North Atlantic Treaty,
signed at Washington on 4th April, 1949;

Les Parties au Traité de l'Atlantique
Nord, signé à Washington le 4 avril 1949;

Die Vertragsparteien des am 4. April
1949 in Washington unterzeichneten Nord-
atlantikvertrags –

Reaffirming that effective political consultation, cooperation and planning for defence in achieving the objectives of the Treaty entail the exchange of classified information among the Parties;

Réaffirmant que l'efficacité de la consultation politique, de la coopération et de l'établissement de plans de défense au service des objectifs du Traité exige l'échange d'informations classifiées entre les Parties;

in Bekräftigung dessen, daß wirksame politische Konsultationen, Kooperation und Verteidigungsplanung zur Verwirklichung der Ziele des Vertrags den Austausch von geheimhaltungsbedürftigen Informationen zwischen den Vertragsparteien erfordern;

Considering that provisions between the Governments of the Parties to the North Atlantic Treaty for the mutual protection and safeguarding of the classified information they may interchange are necessary;

Considérant que des dispositions sont nécessaires entre les Gouvernements des Parties au Traité de l'Atlantique Nord pour la protection et la sauvegarde réciproques des informations classifiées échangées entre eux;

in der Erwägung, daß zwischen den Regierungen der Vertragsparteien des Nordatlantikvertrags Regelungen zum gegenseitigen Schutz und zur gegenseitigen Sicherung der zwischen ihnen ausgetauschten geheimhaltungsbedürftigen Informationen erforderlich sind;

Realising that a general framework for security standards and procedures is required;

Considérant qu'un cadre général pour les normes et les procédures de sécurité est nécessaire;

in der Erkenntnis, daß ein allgemeiner Rahmen für Geheimschutznormen und -verfahren notwendig ist;

Acting on their own behalf and on behalf of the North Atlantic Treaty Organization,

Agissant en leur nom propre et au nom de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord,

handelnd im eigenen Namen und im Namen der Nordatlantikvertrags-Organisation –

Have agreed as follows:

Sont convenues de ce qui suit:

sind wie folgt übereingekommen:

Article 1

The Parties shall:

- (i) protect and safeguard:
 - (a) classified information (see Annex I), marked as such, which is originated by NATO (see Annex II) or which is submitted to NATO by a member state;
 - (b) classified information, marked as such, of the member states submitted to another member state in support of a NATO programme, project, or contract;
- (ii) maintain the security classification of information as defined under (i) above and make every effort to safeguard it accordingly;

Article 1

Les Parties:

- (i) veillent à la protection et à la sauvegarde:
 - (a) des informations classifiées (voir Annexe I), identifiées comme telles, qui émanent de l'OTAN (voir Annexe II) ou qui sont soumises à l'OTAN par un Etat membre;
 - (b) des informations classifiées, identifiées comme telles, soumises par un Etat membre à un autre Etat membre à l'appui d'un programme, projet ou contrat de l'OTAN;
- (ii) conservent la classification de sécurité des informations visées à l'alinéa (i) ci-dessus et mettent tout en oeuvre pour assurer leur protection en conséquence;

Artikel 1

Die Vertragsparteien

- i) schützen und sichern
 - a) als solche gekennzeichnete geheimhaltungsbedürftige Informationen (siehe Anlage I), deren Urheber die NATO ist (siehe Anlage II) oder die der NATO von einem Mitgliedstaat zugeleitet werden;
 - b) als solche gekennzeichnete geheimhaltungsbedürftige Informationen der Mitgliedstaaten, die einem anderen Mitgliedstaat zur Unterstützung eines NATO-Programms, -Vorhabens oder -Auftrags zugeleitet werden;
- ii) behalten den Geheimhaltungsgrad der unter Ziffer i bezeichneten Informationen bei und sind nach Kräften bemüht, sie entsprechend zu sichern;

- (iii) not use classified information as defined under (i) above for purposes other than those laid down in the North Atlantic Treaty and the decisions and resolutions pertaining to that Treaty;
- (iv) not disclose such information as defined under (i) above to non-NATO Parties without the consent of the originator.

Article 2

Pursuant to Article 1 of this Agreement, the Parties shall ensure the establishment of a National Security Authority for NATO activities which shall implement protective security measures. The Parties shall establish and implement security standards which shall ensure a common degree of protection for classified information.

Article 3

(1) The Parties shall ensure that all persons of their respective nationality who, in the conduct of their official duties, require or may have access to information classified CONFIDENTIAL and above are appropriately cleared before they take up their duties.

(2) Security clearance procedures shall be designed to determine whether an individual can, taking into account his or her loyalty and trustworthiness, have access to classified information without constituting an unacceptable risk to security.

(3) Upon request, each of the Parties shall cooperate with the other Parties in carrying out their respective security clearance procedures.

Article 4

The Secretary General shall ensure that the relevant provisions of this Agreement are applied by NATO (see Annex III).

Article 5

The present Agreement in no way prevents the Parties from making other Agreements relating to the exchange of classified information originated by them and not affecting the scope of the present Agreement.

Article 6

- (a) This Agreement shall be open for signature by the Parties to the North Atlantic Treaty and shall be subject to ratification, acceptance or approval. The instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Government of the United States of America.

- (iii) s'abstiennent d'exploiter les informations classifiées visées à l'alinéa (i) ci-dessus à des fins autres que celles prévues par le Traité de l'Atlantique Nord ou les décisions et résolutions qui s'y rapportent;
- (iv) s'abstiennent de communiquer les informations visées à l'alinéa (i) ci-dessus à des Parties non OTAN sans l'accord de l'autorité d'origine.

Article 2

En application de l'Article 1 du présent Accord, les Parties veillent à la création d'une autorité nationale de sécurité pour les activités de l'OTAN, autorité qui met en oeuvre des systèmes de sécurité préventive. Les Parties établissent et appliquent des normes de sécurité qui garantissent un même degré de protection des informations classifiées.

Article 3

(1) Les Parties doivent s'assurer que tout ressortissant qui, dans l'accomplissement de ses fonctions officielles, aurait besoin d'accéder à des informations classifiées CONFIDENTIEL et au-dessus ou pourrait avoir accès à de telles informations, possède une habilitation de sécurité appropriée avant sa prise de fonctions.

(2) Les procédures d'habilitation de sécurité doivent avoir pour but de déterminer si une personne peut, compte tenu de sa loyauté et de sa fiabilité, avoir accès à des informations classifiées sans constituer un risque inacceptable pour la sécurité.

(3) Sur demande, les Parties doivent coopérer avec les autres Parties en vue de l'exécution de leurs procédures d'habilitation de sécurité respectives.

Article 4

Le Secrétaire général doit s'assurer que les dispositions du présent Accord qui la concernent sont appliquées par l'OTAN (voir Annexe III).

Article 5

Le présent Accord n'empêche nullement les Parties de conclure d'autres accords portant sur l'échange d'informations classifiées qui émanent d'elles et qui n'ont aucun rapport avec l'objet du présent Accord.

Article 6

- (a) Le présent Accord sera ouvert à la signature des Parties au Traité de l'Atlantique Nord et sera sujet à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique.

- iii) verwenden die unter Ziffer i bezeichneten geheimhaltungsbedürftigen Informationen nur für die im Nordatlantikvertrag und in den den Vertrag betreffenden Beschlüssen und Entschlüssen niedergelegten Zwecke;
- iv) geben die unter Ziffer i bezeichneten Informationen nicht ohne Zustimmung des Urhebers an nicht der NATO angehörende Seiten weiter.

Artikel 2

Nach Artikel 1 stellen die Vertragsparteien die Errichtung einer nationalen Sicherheitsbehörde für die Tätigkeiten der NATO sicher, die vorbeugende Sicherheitsmaßnahmen durchführt. Die Vertragsparteien legen Sicherheitsnormen fest, die einen gemeinsamen Grad des Schutzes von geheimhaltungsbedürftigen Informationen sicherstellen, und wenden diese an.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien stellen sicher, daß alle ihre Staatsangehörigen, die in Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit Zugang zu als VS-VERTRAULICH oder höher eingestuft Informationen benötigen oder haben können, in angemessener Weise einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden, bevor sie ihre Tätigkeit aufnehmen.

(2) Die Verfahren der Sicherheitsüberprüfung dienen der Feststellung, ob eine Person unter Berücksichtigung ihrer Loyalität und Vertrauenswürdigkeit Zugang zu geheimhaltungsbedürftigen Informationen haben kann, ohne ein unannehmbares Sicherheitsrisiko darzustellen.

(3) Auf Ersuchen arbeitet jede der Vertragsparteien mit den anderen Vertragsparteien bei der Durchführung der Sicherheitsüberprüfung zusammen.

Artikel 4

Der Generalsekretär stellt sicher, daß die einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens von der NATO angewendet werden (siehe Anlage III).

Artikel 5

Dieses Übereinkommen hindert die Vertragsparteien nicht, andere Übereinkünfte über den Austausch von geheimhaltungsbedürftigen Informationen, deren Urheber sie sind und die den Anwendungsbereich dieses Übereinkommens nicht berühren, zu schließen.

Artikel 6

- a) Dieses Übereinkommen liegt für die Vertragsparteien des Nordatlantikvertrags zur Unterzeichnung auf und bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt.

- (b) This Agreement shall enter into force thirty days after the date of deposit by two signatory States of their instruments of ratification, acceptance or approval. It shall enter into force for each other signatory State thirty days after the deposit of its instrument of ratification, acceptance or approval.
- (c) This Agreement shall with respect to the Parties for which it entered into force supersede the "Security Agreement by the Parties to the North Atlantic Treaty Organization" approved by the North Atlantic Council in Annex A (paragraph 1) to Appendix to Enclosure to D.C.2/7, on 19th April, 1952, and subsequently incorporated in Enclosure "A" (paragraph 1) to C-M(55)15(Final), approved by the North Atlantic Council on 2nd March, 1955.
- (b) Le présent Accord entrera en vigueur trente jours après la date du dépôt, par deux Etats signataires, de leurs instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation. Pour chacun des autres Etats signataires, il entrera en vigueur trente jours après le dépôt de leur propre instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.
- (c) S'agissant des Parties pour lesquelles il sera entré en vigueur, le présent Accord annulera et remplacera la «Convention sur la sécurité entre les Etats signataires du Traité de l'Atlantique Nord» approuvée par le Conseil de l'Atlantique Nord dans l'Annexe A (paragraphe 1) à l'Appendice à la Pièce jointe au D.C. 2/7. du 19 avril 1952, puis incorporée à la Pièce jointe «A» (paragraphe 1) au C-M(55)15(définitif), approuvée par le Conseil de l'Atlantique Nord le 2 Mars 1955.
- b) Dieses Übereinkommen tritt dreißig Tage nach dem Tag in Kraft, an dem zwei Unterzeichnerstaaten ihre Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde hinterlegt haben. Für jeden anderen Unterzeichnerstaat tritt es dreißig Tage nach Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.
- c) Für die Vertragsparteien, für die dieses Übereinkommen in Kraft getreten ist, löst es das Geheimschutzübereinkommen der Vertragsparteien des Nordatlantikvertrags ab, das vom Nordatlantikrat am 19. April 1952 in Anlage A (Abschnitt 1) zum Anhang zur Anlage zu D.C.2/7 gebilligt und anschließend in Anlage A (Abschnitt 1) zu dem am 2. März 1955 vom Nordatlantikrat gebilligten Dokument C-M(55)15(Endgültige Fassung) aufgenommen wurde.

Article 7

This Agreement shall remain open for accession by any new Party to the North Atlantic Treaty, in accordance with its own constitutional procedures. Its instrument of accession shall be deposited with the government of the United States of America. It shall enter into force in respect of each acceding State thirty days after the day of the deposit of its instrument of accession.

Article 7

Le présent Accord reste ouvert à l'adhésion de tout nouvel Etat partie au Traité de l'Alliance Nord conformément à sa propre procédure constitutionnelle. Son instrument d'adhésion devra être déposé auprès du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique. Le présent Accord entrera en vigueur pour chacun des Etats y adhérant trente jours après la date du dépôt de son instrument d'adhésion.

Artikel 7

Dieses Übereinkommen steht jeder neuen Vertragspartei des Nordatlantikvertrags im Einklang mit ihren eigenen verfassungsrechtlichen Verfahren zum Beitritt offen. Ihre Beitrittsurkunde wird bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt. Für jeden beitretenden Staat tritt es dreißig Tage nach dem Tag der Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde in Kraft.

Article 8

The Government of the United States of America shall inform the Governments of the other Parties of the deposit of each instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

Article 8

Le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique informera les Gouvernements des autres Parties du dépôt de chaque instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

Artikel 8

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika setzt die Regierungen der anderen Vertragsparteien von der Hinterlegung jeder Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kenntnis.

Article 9

This Agreement may be denounced by written notice of denunciation by any Party given to the depository which shall inform all the other Parties of such notice. Such denunciation shall take effect one year after receipt of notification by the depository, but shall not affect obligations already contracted and the rights or prerogatives previously acquired by the Parties under the provisions of this Agreement.

Article 9

Le présent Accord pourra être dénoncé par chaque Partie au moyen d'une notification écrite de dénonciation adressée au dépositaire, qui informera toutes les autres Parties de cette notification. La dénonciation prendra effet un an après réception de la notification par le dépositaire. Toutefois, elle n'affectera pas les obligations contractées ni les droits ou facultés acquis antérieurement par les Parties en vertu des dispositions du présent Accord.

Artikel 9

Dieses Übereinkommen kann von jeder Vertragspartei durch schriftliche Kündigungsanzeige an den Verwahrer, der alle anderen Vertragsparteien von dieser Anzeige in Kenntnis setzt, gekündigt werden. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer wirksam, berührt jedoch nicht die von den Vertragsparteien aufgrund des Übereinkommens bereits eingegangenen Verpflichtungen und erworbenen Rechte oder Vorrechte.

In witness whereof the undersigned, duly authorized to this effect by their respective Governments, have signed this Agreement.

En foi de quoi les Représentants ci-dessous, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements respectifs, ont signé le présent Accord.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Done in Brussels, this 6th day of March, 1997 in a single copy in the English and French languages, each text being equally authoritative, which shall be deposited in the archives of the Government of the United States of America and of which certified copies shall be transmitted by that Government to each of the other signatories.

Fait à Bruxelles, le 6 mars 1997, en un seul exemplaire, en langues anglaise et française, chaque texte faisant également foi, qui sera versé aux archives du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique, qui en transmettra des copies certifiées conformes à chacun des autres signataires.

Geschehen zu Brüssel am 6. März 1997 in einer Urschrift in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; sie wird im Archiv der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt; diese übermittelt jedem der anderen Unterzeichner beglaubigte Abschriften.

Annex I

This Annex forms an integral part of the Agreement.

NATO classified information is defined as follows:

- (a) information means knowledge that can be communicated in any form;
- (b) classified information means information or material determined to require protection against unauthorized disclosure which has been so designated by security classification;
- (c) the word "material" includes documents and also any item of machinery or equipment or weapons either manufactured or in the process of manufacture;
- (d) the word "document" means any recorded information regardless of its physical form or characteristics, including, without limitation, written or printed matter, data processing cards and tapes, maps, charts, photographs, paintings, drawings, engravings, sketches, working notes and papers, carbon copies and ink ribbons, or reproductions by any means or process, and sound, voice, magnetic or electronic or optical or video recordings in any form, and portable ADP equipment with resident computer storage media, and removable computer storage media.

Annexe I

Cette Annexe fait partie intégrante de l'Accord.

Les informations classifiées OTAN sont définies comme suit:

- (a) le terme «informations» désigne toute connaissance pouvant être communiquée sous quelque forme que ce soit;
- (b) les termes «informations classifiées» désignent des informations ou des matériels qu'il faut protéger contre une divulgation non autorisée, conformément à leur classification de sécurité;
- (c) le terme «matériel» englobe le document et tout élément de machine, d'équipement ou d'arme, fabriqué ou en cours de fabrication;
- (d) le terme «document» désigne toute information enregistrée, quelles qu'en soient la forme ou les caractéristiques physiques, y compris – sans aucune restriction – les écrits et les imprimés, les cartes et les bandes perforées, les cartes géographiques, les graphiques, les photographies, les peintures, les dessins, les gravures, les croquis, les notes et documents de travail, les carbonés et les rubans encreurs, ou les reproductions effectuées par quelque moyen ou procédé que ce soit, ainsi que les données sonores, la voix, toute forme d'enregistrements magnétiques, électroniques, optiques ou vidéo, de même que l'équipement informatique portable avec support de mémoire fixe et amovible.

Anlage I

Diese Anlage ist Bestandteil des Übereinkommens.

Geheimhaltungsbedürftige Informationen der NATO werden wie folgt definiert:

- a) der Begriff „Informationen“ bezeichnet Kenntnisse, die in irgendeiner Form übermittelt werden können;
- b) der Begriff „geheimhaltungsbedürftige Informationen“ bezeichnet Informationen oder Unterlagen, die vor unberechtigter Weitergabe geschützt werden müssen und die durch die Einstufung in einen Geheimhaltungsgrad als solche gekennzeichnet sind;
- c) der Begriff „Unterlagen“ umfaßt Dokumente und alle Teile von Maschinen, Ausrüstungsgegenständen oder Waffen, gleichviel, ob diese fertiggestellt oder in der Herstellung begriffen sind;
- d) der Begriff „Dokument“ bezeichnet jede Art aufgezeichneter Informationen ungeachtet der physischen Form oder Merkmale, einschließlich – und zwar ohne Einschränkung – geschriebenes oder gedrucktes Material, Loch- und Magnetkarten und -bänder, Land- oder Seekarten, graphische Darstellungen, Lichtbilder, Bilder, Zeichnungen, Drucke, Skizzen, Arbeitsnotizen und -unterlagen, Kohlepapier/Durchschläge und Farbbänder oder Vervielfältigungen, ungeachtet des zu ihrer Herstellung eingesetzten Mittels oder Verfahrens, sowie jede Form von Ton-, Stimm-, Magnet-, elektronischen, optischen oder Videoaufzeichnungen sowie tragbares ADV-Gerät mit speicherresidenten Datenträgern und austauschbaren Datenträgern.

Annex II

This Annex forms an integral part of the Agreement.

For the purposes of the present Agreement, the term "NATO" denotes the North Atlantic Treaty Organization and the bodies governed either by the Agreement on the status of the North Atlantic Treaty Organization, National Representatives and International Staff, signed in Ottawa on 20th September, 1951 or by the Protocol on the status of International Military Headquarters set up pursuant to the North Atlantic Treaty, signed in Paris on 28th August, 1952.

Annexe II

Cette Annexe fait partie intégrante de l'Accord.

Aux fins du présent Accord, le mot «OTAN» signifie l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, et les Organismes régis soit par la Convention sur le Statut de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, des Représentants Nationaux et du Personnel International signé à Ottawa le 20 septembre 1951, soit par le Protocole sur le Statut des Quartiers Généraux Militaires Internationaux créés en vertu du Traité de l'Atlantique Nord signé à Paris le 28 août 1952.

Anlage II

Diese Anlage ist Bestandteil des Übereinkommens.

Im Sinne dieses Übereinkommens bezeichnet der Begriff „NATO“ die Nordatlantikvertrags-Organisation und die Organe, für die entweder das am 20. September 1951 in Ottawa unterzeichnete Übereinkommen über den Status der Nordatlantikvertrags-Organisation, der nationalen Vertreter und des internationalen Personals oder das am 28. August 1952 in Paris unterzeichnete Protokoll über die Rechtsstellung der auf Grund des Nordatlantikvertrags errichteten internationalen militärischen Hauptquartiere gilt.

Annex III

This Annex forms an integral part of the Agreement.

Consultation takes place with military commanders in order to respect their prerogatives.

Annexe III

Cette Annexe fait partie intégrante de l'Accord.

Des consultations se déroulent avec les commandants militaires afin de respecter leur prérogatives.

Anlage III

Diese Anlage ist Bestandteil des Übereinkommens.

Mit den militärischen Befehlshabern finden zur Achtung ihrer Vorrechte Beratungen statt.

**Zweite Verordnung
zum Inkraftsetzen von Beschlüssen der OSPAR-Kommission
nach Artikel 13 des Übereinkommens
zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks
(2. OSPAR-Verordnung)**

Vom 12. Februar 2001

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 23. August 1994 zu internationalen Übereinkommen über den Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes und des Nordostatlantiks (BGBl. 1994 II S. 1355) verordnet das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Artikel 1

(1) Folgende Beschlüsse, die von der OSPAR-Kommission in Übereinstimmung mit Artikel 13 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks am 30. Juni 2000 angenommen worden sind, werden hiermit in Kraft gesetzt:

1. der Beschluss 2000/2: Abgestimmtes verbindliches System zur Regelung der Verwendung von Offshore-Chemikalien und der Verringerung ihrer Einleitung;
2. der Beschluss 2000/3: Verwendung von Bohrspülung mit organischer Phase (OPF) und Einleitung von mit OPF kontaminiertem Bohrklein.

(2) Die Beschlüsse werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Artikel 1 Abs. 1 Nr. 1 und 2 tritt an dem Tag in Kraft, an dem der in der jeweiligen Nummer genannte Beschluss für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt. Im Übrigen tritt die Verordnung am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

(2) Artikel 1 Abs. 1 Nr. 1 und 2 tritt außer Kraft, wenn der in der jeweiligen Nummer genannte Beschluss für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt.

(3) Die Tage des Inkrafttretens und die Tage des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Bonn, den 12. Februar 2001

Der Bundesminister
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Jürgen Trittin

OSPAR-Beschluss 2000/2

Abgestimmtes verbindliches System zur Regelung der Verwendung von Offshore-Chemikalien und der Verringerung ihrer Einleitung

OSPAR Decision 2000/2

on a Harmonised Mandatory Control System for the Use and Reduction of the Discharge of Offshore Chemicals

Décision OSPAR 2000/2

relative à un système obligatoire et harmonisé de contrôle de l'utilisation des produits chimiques en offshore et de réduction de leurs rejets

(Übersetzung)

Recalling Article 5 of the Convention for the Protection of the Marine Environment of the North-East Atlantic ("OSPAR Convention") in which Contracting Parties agree to take jointly all possible steps to prevent and eliminate pollution from offshore sources;

Recalling Article 4 of Annex III of the OSPAR Convention in which Contracting Parties agree that use on, or the discharge or emission from, offshore sources of substances which may reach and affect the maritime area shall be strictly subject to authorisation or regulation by the competent authorities of the Contracting Parties and that Contracting Parties shall provide for a system of monitoring and inspection;

Recalling the OSPAR Strategy with Regard to Hazardous Substances (and the definitions used therein) according to which the Commission will develop programmes and measures to identify, prioritise, monitor and control the emissions, discharges and losses of hazardous substances which reach, or could reach, the marine environment;

Recalling the OSPAR Strategy on Environmental Goals and Management Mechanisms for Offshore Activities which sets out the general process of establishing goals and measures for the offshore oil and gas industry;

Noting the relevant legislation within the European Community and corresponding legislation of other Contracting Parties;

Noting that the programmes and measures stipulated in this Decision require the adoption, regular review and up-date

Rappelant l'article 5 de la Convention pour la protection du milieu marin de l'Atlantique du nord-est (dite «Convention OSPAR»), par lequel les Parties contractantes conviennent de prendre conjointement toutes les mesures possibles afin de prévenir et de supprimer la pollution provenant de sources offshore;

Rappelant l'article 4 de l'annexe III à la Convention OSPAR, par lequel les Parties contractantes sont convenues que l'utilisation, le rejet ou l'émission par des sources offshore de substances qui peuvent atteindre et affecter la zone maritime est rigoureusement soumis à autorisation ou à réglementation par les autorités compétentes des Parties contractantes, et que les Parties contractantes mettront en place un système de surveillance et de contrôle;

Rappelant la Stratégie OSPAR visant les substances dangereuses (ainsi que les définitions qui y figurent), par laquelle la Commission élaborera des programmes et des mesures visant à déterminer, à classer dans l'ordre des priorités, à surveiller et à combattre les émissions, les rejets et les pertes de substances dangereuses aboutissant ou susceptibles d'aboutir dans le milieu marin;

Rappelant la Stratégie OSPAR visant les objectifs environnementaux et les mécanismes de gestion pour les activités offshore, laquelle fait état des modalités générales de détermination des objectifs et des mesures applicables dans l'industrie pétrolière et gazière en offshore;

Prenant note de la législation communautaire européenne pertinente et de la législation correspondante des autres Parties contractantes;

Prenant note que les programmes et les mesures stipulés dans la présente Décision exigent l'adoption, le réexamen régulier et

Eingedenk des Artikels 5 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks („OSPAR-Übereinkommen“), in dem die Vertragsparteien übereinkommen, gemeinsam alle nur möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Verschmutzung durch Offshore-Quellen zu verhüten und zu beseitigen;

eingedenk des Artikels 4 der Anlage III des OSPAR-Übereinkommens, in dem die Vertragsparteien übereinkommen, dass die Verwendung von Stoffen, die das Meeresgebiet erreichen und beeinträchtigen können, oder die Einleitung oder Emission solcher Stoffe durch Offshore-Quellen unbedingt einer Genehmigung oder Regelung durch die zuständigen Behörden der Vertragsparteien unterliegt und dass die Vertragsparteien ein Überwachungs- und Kontrollsystem einrichten;

eingedenk der OSPAR-Strategie bezüglich gefährlicher Stoffe (und der darin verwendeten Begriffsbestimmungen), derzufolge die Kommission Programme und Maßnahmen erarbeiten wird zur Ermittlung, Einstufung nach Prioritäten, Überwachung und Begrenzung der Emissionen, Einleitungen und Verluste gefährlicher Stoffe, die in die Meeresumwelt gelangen oder gelangen könnten;

eingedenk der OSPAR-Strategie über Umweltziele und Managementmechanismen für Offshore-Tätigkeiten, in der das allgemeine Verfahren zur Festlegung von Zielen und Maßnahmen für die Offshore-Öl- und Gasindustrie beschrieben wird;

in Anbetracht der einschlägigen Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaft und entsprechender Rechtsvorschriften anderer Vertragsparteien;

in Anbetracht, dass die in diesem Beschluss festgelegten Programme und Maßnahmen die Annahme, die regelmäßi-

(when necessary) of several other programmes, measures and agreements reached within the framework of the OSPAR Commission with respect to offshore chemicals;

Taking into account the experience gained in applying PARCOM Decision 96/3 on a Harmonized Mandatory Control System for the Use and Reduction of the Discharge of Offshore Chemicals;

And as a consequence wishing to establish a new harmonised mandatory control system for the use and discharge of offshore chemicals.

The Contracting Parties to the Convention for the Protection of the Marine Environment of the North-East Atlantic decide:

1. Definitions

1.1 For the purposes of this Decision:

- a. "authority" means the competent national authority of a Contracting Party to the OSPAR Convention;
- b. "CHARM" means the Chemical Hazard Assessment and Risk Management model developed by authorities and offshore industry within the Convention area;
- c. "discharge" means the operational release of offshore chemicals or their degradation and transformation products into the maritime area;
- d. "Generic PEC/PNEC ratio" means the generic ratio between the predicted environmental concentration (PEC) and the predicted no effect concentration (PNEC) of offshore chemicals calculated for a standardised discharge;
- e. "hazardous substances" means (in accordance with the OSPAR Strategy with regard to Hazardous Substances) substances which fall into one of the following categories:
 - (i) substances or groups of substances that are toxic, persistent and liable to bioaccumulate;
 - (ii) other substances or groups of substances which are assessed by the Commission as requiring a similar approach as substances referred to in (i), even if they do not meet all the criteria for toxicity, persistence

l'actualisation (en tant que de besoin) de plusieurs autres programmes, mesures et accords adoptés ou conclus en ce qui concerne les produits chimiques d'offshore dans le cadre de la Commission OSPAR;

Tenant compte de l'expérience acquise dans la mise en œuvre de la Décision PARCOM 96/3 sur un système obligatoire et harmonisé de contrôle de l'utilisation et de réduction des rejets de produits chimiques en offshore;

et Souhaitant en conséquence établir un nouveau système obligatoire et harmonisé de contrôle de l'utilisation des produits chimiques en offshore et de leurs rejets;

Les Parties contractantes à la Convention pour la protection du milieu marin de l'Atlantique du nord-est décident que:

1. Définitions

1.1 Aux fins de la présente Décision:

- a. le terme «autorité» désigne l'autorité nationale compétente d'une Partie contractante à la Convention OSPAR;
- b. le sigle «CHARM» désigne le modèle d'évaluation des dangers et de gestion des risques suscités par les produits chimiques, élaboré par les autorités et par l'industrie de l'offshore opérant dans la zone de la Convention;
- c. le terme «rejet» désigne la libération, dans la zone maritime, pendant les opérations d'exploitation, de produits chimiques en offshore, ou des produits de leur dégradation et de leur transformation;
- d. le «ratio PEC/PNEC générique» désigne le quotient de référence entre la concentration prévue dans l'environnement (PEC) et la concentration théorique à laquelle on n'observe pas d'effet (PNEC) des produits chimiques d'offshore, calculés pour un rejet normalisé;
- e. l'expression «substances dangereuses» désigne (conformément à la Stratégie OSPAR visant les substances dangereuses) les substances entrant dans l'une des catégories suivantes:
 - (i) substances ou groupes de substances toxiques, persistantes et susceptibles de bioaccumulation;
 - (ii) autres substances ou groupes de substances jugées par la Commission comme exigeant une approche analogue à celle des éléments visés en (i), même s'ils ne répondent pas à tous les critères de toxicité, de

ge Überprüfung und Aktualisierung (sofern erforderlich) verschiedener anderer im Rahmen der OSPAR-Kommission im Hinblick auf Offshore-Chemikalien verabschiedeter Programme, Maßnahmen und Vereinbarungen erfordern;

unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die in Zusammenhang mit der Anwendung des PARCOM-Beschlusses 96/3 über ein abgestimmtes verbindliches System zur Regelung der Verwendung von Offshore-Chemikalien und der Verringerung ihrer Einleitung gesammelt wurden;

und demzufolge in dem Wunsch, ein neues abgestimmtes verbindliches System zur Regelung der Verwendung und Einleitung von Offshore-Chemikalien und der Verringerung ihrer Einleitung festzulegen –

beschließen die Vertragsparteien des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks Folgendes:

1. Begriffsbestimmungen

1.1 Im Sinne dieses Beschlusses

- a) bedeutet „Behörde“ die zuständige nationale Behörde einer Vertragspartei des OSPAR-Übereinkommens;
- b) bedeutet „CHARM“ das von Behörden und Offshore-Industrie im Konventionsgebiet entwickelte Gefahrenbewertungs- und Risikomanagementmodell für Chemikalien;
- c) bedeutet „Einleitung“ die betriebsbedingte Freisetzung von Offshore-Chemikalien oder ihrer Abbau- und Umwandlungsprodukte ins Meeresgebiet;
- d) bedeutet „standardisiertes PEC/PNEC-Verhältnis“ das standardisierte Verhältnis zwischen der vorhergesagten Konzentration von Offshore-Chemikalien in der Umwelt (PEC) und der vorhergesagten Konzentration, bei der keine Wirkung auftritt (PNEC), berechnet für eine standardisierte Einleitung;
- e) bedeutet „gefährliche Stoffe“ (im Sinne der OSPAR-Strategie bezüglich gefährlicher Stoffe) Stoffe, die zu einer der folgenden Kategorien gehören:
 - i) toxische, persistente und zur Bioakkumulation neigende Stoffe oder Stoffgruppen;
 - ii) sonstige Stoffe oder Stoffgruppen, die nach Einschätzung der Kommission eine ähnliche Vorgehensweise wie im Fall der in Ziffer i genannten erfordern, selbst wenn sie nicht alle Kriterien hinsichtlich Toxizität,

and bioaccumulation, but which give rise to an equivalent level of concern.

This category will include both substances which work synergistically with other substances to generate such concern, and also substances which do not themselves justify inclusion but which degrade or transform into substances referred to in (i) or substances which require a similar approach.

The Commission will identify and assess such other substances or groups of substances using available information and internationally accepted methods and criteria;

persistance et de bioaccumulation, mais qui cependant donnent lieu à des préoccupations équivalentes.

Dans cette catégorie se situent tant les substances qui, par leur synergie avec d'autres substances, font naître des préoccupations de cette nature, que des substances dont, par elles-mêmes, l'inscription ne se justifie pas mais qui se dégradent ou se transforment en substances visées à l'alinéa (i) ou en substances exigeant une approche analogue.

La Commission déterminera et évaluera lesdits autres substances ou groupes de substances en se fondant sur les informations en possession ainsi qu'en faisant appel à des méthodes et des critères acceptés au niveau international;

Persistenz und Bioakkumulation erfüllen, die jedoch Anlass zu ebenso großer Besorgnis geben.

Zu dieser Kategorie gehören sowohl Stoffe, die im Zusammenwirken mit anderen Stoffen diese Besorgnis begründen, als auch Stoffe, die von sich aus zwar keine Einbeziehung rechtfertigen, die aber zu in Ziffer i genannten Stoffen abgebaut oder umgewandelt werden, oder Stoffe, die eine ähnliche Vorgehensweise erfordern.

Die Kommission wird diese sonstigen Stoffe oder Stoffgruppen anhand der verfügbaren Informationen und international anerkannter Methoden und Kriterien identifizieren und bewerten.

f. "HOCNF" means a Harmonised Offshore Chemical Notification Format as set out in the applicable OSPAR Recommendation;

g. "offshore chemicals" means all chemicals intentionally used in connection with offshore exploration and production activities in the maritime area. Offshore chemicals comprise both substances and preparations;

h. "PLONOR" means the OSPAR List of Substances/Preparations Used and Discharged Offshore, Which are Considered to Pose Little or No Risk to the Environment;

i. " P_{ow} " is equivalent to K_{ow} and means the partition coefficient of a substance between N-octanol and water, measured or calculated according to the HOCNF;

j. "preparation" means a mixture or solution composed of two or more substances;

k. "Pre-screening", as set out in the applicable OSPAR Recommendation on a Harmonised Pre-Screening Scheme for Offshore Chemicals, is the first part of the overall regulatory process which requires information on bioaccumulation potential, biodegradation, and acute toxicity of substances and preparations and may use expert judgement;

f. «HOCNF» désigne le formulaire harmonisé de notification des produits chimiques d'offshore, tel que figurant dans la Recommandation OSPAR correspondante;

g. l'expression «produits chimiques d'offshore» désigne tous les produits chimiques utilisés intentionnellement aux fins des opérations de prospection et de production en offshore dans la zone maritime. Les produits chimiques d'offshore peuvent être des substances ou des préparations;

h. le terme «PLONOR» désigne la liste OSPAR des substances/préparations utilisées et rejetées en offshore et considérées comme ne présentant que peu de risque pour l'environnement, voire aucun;

i. le " P_{ow} " est l'équivalent du K_{ow} , et désigne le coefficient de partage d'une substance entre le N-octanol et l'eau, mesuré ou calculé selon les critères du HOCNF;

j. le terme «préparation» désigne un mélange ou une solution composée de deux substances ou plus;

k. la «présélection», telle qu'elle est définie dans la Recommandation OSPAR relative au système harmonisé de présélection des produits chimiques d'offshore, constitue la première partie du processus réglementaire général, lequel nécessite des renseignements sur le potentiel de bioaccumulation, la biodégradation et la toxicité aiguë des substances et des préparations; ce processus peut aussi faire appel au jugement des experts;

f) bedeutet „HOCNF“ ein abgestimmtes Formblatt zur Notifizierung von Offshore-Chemikalien wie in der entsprechenden OSPAR-Empfehlung beschrieben;

g) bedeutet „Offshore-Chemikalien“ sämtliche Chemikalien, die in Zusammenhang mit Offshore-Explorations- und Produktionstätigkeiten im Meeresgebiet planmäßig verwendet werden. Offshore-Chemikalien umfassen sowohl Stoffe als auch Zubereitungen;

h) bedeutet „PLONOR“ die Liste der offshore verwendeten und eingeleiteten Stoffe und Zubereitungen, die nach Einschätzung von OSPAR eine geringe oder keine Gefahr für die Umwelt darstellen;

i) ist „ P_{ow} “ gleichwertig mit K_{ow} und stellt den gemäß HOCNF gemessenen oder berechneten Verteilungskoeffizienten eines Stoffes zwischen N-Octanol und Wasser dar;

j) bedeutet „Zubereitung“ ein Gemisch oder eine Lösung, die aus zwei oder mehreren Stoffen besteht;

k) bedeutet „Voruntersuchung“ im Sinne der entsprechenden OSPAR-Empfehlung über ein abgestimmtes Voruntersuchungssystem für Offshore-Chemikalien den ersten Teil des gesamten Regelungsverfahrens, für das Informationen über das Bioakkumulationspotenzial, die biologische Abbaubarkeit und die akute Toxizität von Stoffen oder Zubereitungen benötigt werden und für das eine Beurteilung durch Sachverständige erforderlich sein kann;

l. "substance" means a chemical element or compound in the natural state or obtained by any production process, including any additive necessary to preserve the stability of the product and any impurity deriving from the process used, but excluding any solvent which may be separated without affecting the stability of the substance or changing its composition;

m. "use" means application of any offshore chemical in connection with offshore exploration and production activities in the maritime area that might result in a discharge.

l. on entend par «substance» un élément ou un composé chimique à l'état naturel ou obtenu par tout procédé de fabrication, y compris tout adjuvant nécessaire à la stabilité du produit et toute impureté générée par le procédé employé, à l'exclusion toutefois de tout solvant susceptible d'être séparé sans influencer sur la stabilité de la substance et sans modifier sa composition;

m. le terme «utilisation» désigne l'utilisation de tout produit chimique d'offshore aux fins des opérations de prospection et de production en offshore dans la zone maritime, telle que susceptible d'engendrer un rejet.

l) bedeutet „Stoff“ ein chemisches Element oder eine Verbindung in natürlichem oder verarbeitetem Zustand, einschließlich der Zusatzstoffe, die zur Wahrung der Produktstabilität notwendig sind, und der Verunreinigungen, die bei der Herstellung unvermeidbar sind; ausgenommen sind Lösungsmittel, die von dem Stoff getrennt werden können, ohne seine Stabilität zu beeinträchtigen und seine Zusammensetzung zu ändern;

m) bedeutet „Verwendung“ den Gebrauch von Offshore-Chemikalien in Verbindung mit Offshore-Explorations- und Produktionstätigkeiten im Meeresgebiet, der zu einer Einleitung führen könnte.

2. Purpose and Scope

2.1 The purpose of this Decision is that by application of the management mechanisms set out in this Decision, authorities shall ensure and actively promote the continued shift towards the use of less hazardous substances (or preferably non-hazardous substances) and, as a result, the reduction of the overall environmental impact resulting from the use and discharge of offshore chemicals.

2.2 This Decision shall be applied to any regulatory action, such as the granting of permits or approvals by authorities, concerning the use of, or the discharge of, chemicals from offshore sources. In the territory of those Contracting Parties where the use and discharge of offshore chemicals are regulated by frame permits based on internal (in-company) environmental control and where specific elements of the procedures required by the programmes and measures stipulated below are carried out by the companies themselves, the authorities shall be responsible for effective enforcement and control by a system of regular auditing, inspection or monitoring.

3. Programmes and Measures

3.1 Authorities shall control the use and discharge of offshore chemicals in accordance with the regulations specified in Appendix 1 to this Decision. In doing so, authorities shall:

a. in accordance with the general obligations as set out in Article 2 of the OSPAR Convention, apply:

2. Objectif et champ d'application

2.1 L'objectif de la présente Décision est qu'en mettant en œuvre les mécanismes de gestion fixés dans la présente Décision, les autorités font en sorte qu'il y ait une évolution permanente dans le sens de l'utilisation de substances moins dangereuses (voire même de préférence de substances non dangereuses), et favorisent activement ce processus, et par suite, parviennent à réduire l'impact environnemental général résultant de l'utilisation des produits chimiques d'offshore et de leur rejet.

2.2 La présente Décision s'applique à toute mesure réglementaire, telle que l'octroi des permis ou autorisations par les autorités relativement à l'utilisation des produits chimiques en offshore ou au rejet de ceux-ci par des sources en offshore. Dans le territoire des Parties contractantes où l'utilisation et le rejet des produits chimiques d'offshore sont réglementés par des permis cadres basés sur un contrôle environnemental interne (intra-entreprise) et où certains éléments spécifiques des procédures de mise en application des programmes et des mesures stipulés ci-après sont réalisés par les entreprises elles-mêmes, les autorités seront responsables de la mise en application et du contrôle effectif, ceci grâce à un dispositif d'audits, d'inspections ou de surveillance continue systématiques.

3. Programmes et mesures

3.1 Les autorités réglementent l'utilisation et le rejet des produits chimiques d'offshore dans les conditions stipulées dans la réglementation figurant en appendice 1 à la présente Décision. Ce faisant, les autorités:

a. appliquent, conformément aux obligations générales ressortant de l'article 2 de la Convention OSPAR:

2. Zweck und Regelungsbereich

2.1 Zweck dieses Beschlusses ist, dass die Behörden durch Anwendung der hier beschriebenen Managementmechanismen die kontinuierliche Umstellung auf die Verwendung weniger gefährlicher (oder besser ungefährlicher) Stoffe und demzufolge die Reduzierung der gesamten Auswirkungen der Verwendung und Einleitung von Offshore-Chemikalien auf die Umwelt gewährleisten und aktiv fördern.

2.2 Dieser Beschluss ist auf alle regulierenden Maßnahmen der Behörden anzuwenden wie etwa die Erteilung von Genehmigungen oder Zulassungen für die Verwendung oder Einleitung von Chemikalien aus Offshore-Quellen. Im Hoheitsgebiet der Vertragsparteien, wo die Verwendung und Einleitung von Offshore-Chemikalien durch Rahmengenutzungen aufgrund innerbetrieblicher Umweltkontrollen geregelt ist und bestimmte vorgeschriebene verfahrenstechnische Bestandteile der unten genannten Programme und Maßnahmen von den Unternehmen selbst durchgeführt werden, haben die Behörden für die wirksame Durchsetzung und Kontrolle durch ein System regelmäßiger Betriebsprüfungen, Inspektionen oder Überwachungen zu sorgen.

3. Programme und Maßnahmen

3.1 Die Behörden regeln die Verwendung und Einleitung von Offshore-Chemikalien nach Maßgabe der in Anhang 1 dieses Beschlusses beschriebenen Regelungen. Dabei sollen sie

a) im Einklang mit den allgemeinen Verpflichtungen nach Artikel 2 des OSPAR-Übereinkommens Folgendes anwenden:

- | | | |
|---|--|--|
| <p>(i) the precautionary principle;</p> <p>(ii) the polluter pays principle;</p> <p>(iii) best available techniques and best environmental practice, including, where appropriate, clean technology;</p> | <p>(i) le principe de précaution;</p> <p>(ii) le principe du pollueur-payeur;</p> <p>(iii) les meilleures techniques disponibles et la meilleure pratique environnementale, dont, s'il y a lieu, une technologie propre;</p> | <p>i) das Vorsorgeprinzip;</p> <p>ii) das Verursacherprinzip;</p> <p>iii) die besten verfügbaren Techniken und die beste Umweltpraxis, falls anwendbar einschließlich sauberer Technologien;</p> |
| <p>b. apply the principle of substitution, i.e. the substitution of hazardous substances, or preparations containing hazardous substances, by less hazardous substances/preparations or preferably non-hazardous substances/preparations where such alternatives are available;*)</p> | <p>b. appliquent le principe de la substitution, en d'autres termes la substitution des substances dangereuses, ou des préparations contenant des substances dangereuses, par des substances/préparations moins dangereuses voire de préférence non dangereuses lorsque de telles alternatives sont disponibles;*)</p> | <p>b) das Prinzip der Substitution anwenden, d.h. sie sollen anstelle von gefährlichen Stoffen oder von Zubereitungen, die gefährliche Stoffe enthalten, weniger gefährliche oder besser ungefährliche Stoffe oder Zubereitungen verwenden, sofern solche Alternativen verfügbar sind;*)</p> |
| <p>c. avoid emissions, discharges and losses of new hazardous substances, or preparations containing hazardous substances, except where the use of these substances/preparations is justified by the application of the principle of substitution;</p> | <p>c. évitent les émissions, rejets et pertes de nouvelles substances dangereuses ou des préparations contenant des substances dangereuses, excepté lorsque l'utilisation de ces substances/préparations est justifiée par l'application du principe de substitution;</p> | <p>c) Emissionen, Einleitungen und Verluste von neuen gefährlichen Stoffen oder von Zubereitungen, die gefährliche Stoffe enthalten, vermeiden, außer wenn die Verwendung dieser Stoffe oder Zubereitungen durch die Anwendung des Prinzips der Substitution zu rechtfertigen ist;</p> |
| <p>d. encourage the development of less hazardous substances and preparations, and techniques for minimising the discharge of hazardous substances;</p> | <p>d. encouragent le développement de substances et de préparations moins dangereuses, ainsi que de techniques minimisant les rejets de substances dangereuses;</p> | <p>d) auf die Entwicklung weniger gefährlicher Stoffe und Zubereitungen und Verfahren zur Minimierung der Einleitung gefährlicher Stoffe hinwirken;</p> |
| <p>e. encourage the reduction of the use and discharge of substances and preparations from offshore installations that might otherwise be harmful to the marine environment, such as substances causing taint or oxygen depletion.</p> | <p>e. favorisent la diminution de l'utilisation et des rejets de substances et de préparations par les installations en offshore, substances et préparations susceptibles de porter d'autres formes de préjudice au milieu marin, comme c'est le cas des substances provoquant une dénaturation du goût ou une raréfaction de l'oxygène.</p> | <p>e) auf die Verringerung der Verwendung und Einleitung von Stoffen und Zubereitungen aus Offshore-Anlagen hinwirken, die auf andere Weise schädlich für die Meeresumwelt sein können, wie etwa Stoffe, die zu Geruchs- oder Geschmacksveränderungen oder zu Sauerstoffmangel führen.</p> |
| <p>3.2 In accordance with Article 2 (5) of the OSPAR Convention, authorities have the right to impose more stringent requirements than those provided by this Decision when they consider that this is appropriate.</p> | <p>3.2 Si elles le jugent approprié, et conformément à l'article 2 (5) de la Convention OSPAR, les autorités sont en droit d'imposer des exigences plus rigoureuses que celles prévues par la présente Décision.</p> | <p>3.2 Nach Artikel 2 Absatz 5 des OSPAR-Übereinkommens haben die Behörden das Recht, strengere Auflagen als die in diesem Beschluss vorgesehenen zu machen, wenn sie dies für angebracht halten.</p> |
| <p>3.3 Authorities shall take health, safety and economic factors and technical performance into account, as appropriate, when applying this Decision.</p> | <p>3.3 Dans l'application de la présente Décision, les autorités prennent en compte les facteurs santé, sécurité et économie, ainsi que les résultats techniques en tant que de besoin.</p> | <p>3.3 Die Behörden haben bei der Anwendung dieses Beschlusses gegebenenfalls gesundheitliche, sicherheitliche und wirtschaftliche Faktoren sowie die Gebrauchstauglichkeit zu berücksichtigen.</p> |
| <p>3.4 Processes, methods and equipment which might lead to lowered use and discharge of chemicals or the use and discharge of less hazardous chemicals shall be taken into account when assessing substitutes.</p> | <p>3.4 Dans l'évaluation des substituts, il est tenu compte des procédés, méthodes et matériels susceptibles de conduire à une baisse de l'utilisation et des rejets de produits chimiques ou à l'utilisation et au rejet de produits chimiques moins dangereux.</p> | <p>3.4 Verfahren, Methoden und technische Einrichtungen, die zu einer verringerten Verwendung und Einleitung von Chemikalien oder zur Verwendung und Einleitung weniger gefährlicher Chemikalien führen könnten, sind bei der Bewertung von Substitutionsmöglichkeiten zu berücksichtigen.</p> |

*) "Available" in the context of substitution must be understood in the same sense as in the definition of Best Available Techniques in the OSPAR Convention 1992 and should take into account the principles contained in the definition of Best Environmental Practice in the OSPAR Convention 1992 related to substitution of products.

*) Aux fins de la substitution, le terme «disponible» s'entend dans le même sens que celui qu'il a dans la définition des meilleures techniques disponibles figurant dans la Convention OSPAR de 1992, et tient compte des principes englobés dans la définition de la meilleure pratique environnementale figurant elle aussi dans la Convention OSPAR de 1992, dans le contexte de la substitution des produits.

*) „Verfügbar“ in Verbindung mit Ersatz ist in demselben Sinn zu verstehen wie in der Definition der besten verfügbaren Techniken im OSPAR-Übereinkommen von 1992 und sollte die in der Festlegung der besten Umweltpraxis im OSPAR-Übereinkommen von 1992 in Bezug auf die Substitution von Produkten enthaltenen Grundsätze berücksichtigen.

- | | | |
|---|---|---|
| <p>3.5 The OSPAR Commission (or subsidiary bodies thereof) shall review on a regular basis all programmes, measures and agreements reached within the framework of the OSPAR Commission, which are necessary for the implementation of this Decision, with a view to up-dating them when necessary.</p> | <p>3.5 La Commission OSPAR (ou ses organes subsidiaires) réexaminent régulièrement tous les programmes, mesures et accords adoptés dans le cadre de la Commission OSPAR, tels que nécessaires à la mise en œuvre de la présente Décision, ceci afin de les actualiser s'il y a lieu.</p> | <p>3.5 Die OSPAR-Kommission (oder ihre Organe) hat alle Programme, Maßnahmen und Vereinbarungen, die für die Umsetzung dieses Beschlusses notwendig sind und die im Rahmen der OSPAR-Kommission beschlossen bzw. getroffen worden sind, regelmäßig zu prüfen und gegebenenfalls zu aktualisieren.</p> |
| <p>4. Entry into Force</p> <p>4.1 This Decision enters into force on 16 January 2001 and shall be reviewed and, if necessary, revised in 2004. Upon entry into force, this Decision shall supersede:</p> <p style="margin-left: 20px;">a. PARCOM Decision 96/3 on a Harmonized Mandatory Control System for the Use and Reduction of the Discharge of Offshore Chemicals;</p> <p style="margin-left: 20px;">b. PARCOM Decision 97/1 on Substances/Preparations Used and Discharged Offshore.</p> | <p>4. Entrée en vigueur</p> <p>4.1 La présente Décision entre en vigueur le 16 janvier 2001 et sera revue et, si nécessaire, remaniée, en 2004. En entrant en vigueur, la présente Décision annule et remplace:</p> <p style="margin-left: 20px;">a. la Décision PARCOM 96/3, sur un système obligatoire et harmonisé de contrôle de l'utilisation et de réduction des rejets de produits chimiques en offshore;</p> <p style="margin-left: 20px;">b. la Décision PARCOM 97/1 sur les substances/spécialités utilisées et rejetées offshore.</p> | <p>4. Inkrafttreten</p> <p>4.1 Dieser Beschluss tritt am 16. Januar 2001 in Kraft und soll im Jahr 2004 überprüft und, falls notwendig, überarbeitet werden. Nach seinem Inkrafttreten ersetzt dieser Beschluss</p> <p style="margin-left: 20px;">a) den PARCOM-Beschluss 96/3 über ein abgestimmtes verbindliches System zur Regelung der Verwendung von Offshore-Chemikalien und der Verringerung ihrer Einleitung;</p> <p style="margin-left: 20px;">b) den PARCOM-Beschluss 97/1 über offshore verwendete und eingeleitete Stoffe/Zubereitungen.</p> |
| <p>5. Implementation Reports</p> <p>5.1 Reports on the implementation of this Decision shall be submitted to the appropriate OSPAR subsidiary body in accordance with OSPAR's Standard Implementation and Assessment Procedure. This reporting shall commence in the intersessional period 2002/2003.</p> <p>5.2 When reporting on implementation, the formats at Appendix 2 shall apply.</p> | <p>5. Rapports de mise en œuvre</p> <p>5.1 Les rapports de mise en œuvre de la présente Décision seront communiqués à l'organe subsidiaire OSPAR compétent, conformément à la procédure OSPAR normalisée de mise en œuvre et de notification. Les notifications commenceront pendant l'intersession 2002/2003.</p> <p>5.2 Pour la notification de la mise en œuvre, les formulaires figurant en appendice 2 seront utilisés.</p> | <p>5. Umsetzungsberichte</p> <p>5.1 Berichte über die Umsetzung dieses Beschlusses sind dem zuständigen OSPAR-Organ nach Maßgabe des OSPAR-Standardverfahrens für die Berichterstattung und Bewertung vorzulegen. Die Berichterstattung beginnt in der Sitzungsperiode 2002/2003.</p> <p>5.2 Zur Berichterstattung über die Umsetzung sind die Formblätter zu verwenden, die in Anhang 2 abgedruckt sind.</p> |

Appendix 1**Regulations with respect
to the use and discharge
of offshore chemicals**

1. Any use and discharge of offshore chemicals shall be subject to regulation in accordance with the following steps I-IV.
- I. Data requirements**
 2. Any application to an authority for the use or discharge of offshore chemicals shall include information/data-sets on all chemicals to which it relates. Where the harmonised pre-screening scheme provides that a full HOCNF is needed, such information/data sets should comply with the requirements in the HOCNF.
 3. In all cases, the operator should be in a position to demonstrate to the authorities, if so required, that he has sufficient information from the suppliers or manufacturers of the chemicals concerned to allow him properly to assess those chemicals.
- II. Pre-screening**
 4. All offshore chemicals shall be subject to a harmonised pre-screening (on a substance by substance basis, where possible) in accordance with the following prescreening criteria:
 - a. listed in Annex 2 of the OSPAR Strategy with regard to Hazardous Substances; or
 - b. considered by the authority, to which the application has been made, to be of equivalent concern for the marine environment as substances covered by the previous sub-paragraph; or
 - c. inorganic combined with high toxicity; or
 - d. persistent; or
 - e. meets two of the following three criteria:
 - (i) not readily biodegradable;
 - (ii) high bioaccumulation potential;
 - (iii) high toxicity;

as set out in more detail in the applicable OSPAR Recommendation on a Harmonised Pre-screening Scheme for Offshore Chemicals.
 5. Any offshore chemical that is identified by the above criteria shall be substituted if a less hazardous (or prefer-

Appendice 1**Réglementation applicable
à l'utilisation et au rejet
des produits chimiques d'offshore**

1. Toute utilisation et tout rejet de produits chimiques d'offshore seront réglementés dans les conditions définies dans les étapes I à IV ci-après.
- I. Renseignements à communiquer**
 2. Toute demande d'autorisation adressée à une autorité en vue de l'utilisation ou du rejet de produits chimiques d'offshore doit donner les informations/séries de données sur tous les produits chimiques auxquels elle a trait. Dans les cas où le processus harmonisé de présélection indique qu'un HOCNF complet est nécessaire, il convient que les informations/séries de données soient conformes aux impératifs ressortant du HOCNF.
 3. Dans tous les cas, l'exploitant doit être en mesure de prouver aux autorités, si ceci lui est demandé, que les fournisseurs ou les fabricants des produits chimiques en question lui ont communiqué suffisamment de renseignements pour qu'il puisse juger convenablement desdits produits chimiques.
- II. Présélection**
 4. Tous les produits chimiques d'offshore seront soumis à un régime harmonisé de présélection (lorsque possible, individuellement pour chacune des substances) ceci conformément aux critères de présélection suivants:
 - a. les produits sont inscrits à l'annexe 2 à la Stratégie OSPAR visant les substances dangereuses; ou
 - b. ils sont considérés par l'autorité à laquelle la demande a été adressée comme étant tout aussi préoccupants pour le milieu marin que les substances visées à l'alinéa précédent; ou
 - c. ce sont des produits inorganiques très toxiques; ou
 - d. il s'agit de produits persistants; ou
 - e. ils répondent à deux des trois critères suivants:
 - (i) non facilement biodégradable;
 - (ii) haut potentiel de bioaccumulation;
 - (iii) toxicité élevée;

ainsi qu'explicité dans la Recommandation OSPAR correspondante, relative à un système harmonisé de présélection des produits chimiques d'offshore.
 5. Tout produit chimique d'offshore répondant aux critères ci-dessus sera remplacé dans la mesure où il existe

Anhang 1**Regelungen bezüglich
der Verwendung und Einleitung
von Offshore-Chemikalien**

1. Jede Verwendung und Einleitung von Offshore-Chemikalien bedarf einer Regelung nach Maßgabe der folgenden Schritte I bis IV.
- I. Zu liefernde Informationen**
 2. Jeder Antrag an eine Behörde, der die Verwendung oder Einleitung von Offshore-Chemikalien betrifft, muss Informationen/Datenreihen über alle im Antrag behandelten Chemikalien enthalten. Wenn das abgestimmte Voruntersuchungsschema die Vorlage eines vollständigen HOCNF vorsieht, sollten diese Informationen/Datenreihen den Anforderungen des HOCNF genügen.
 3. In allen Fällen sollte der Betreiber im Bedarfsfall den Behörden glaubhaft machen können, dass er vom jeweiligen Zulieferer oder Hersteller der Chemikalien ausreichend informiert worden ist, um diese Chemikalien ordnungsgemäß bewerten zu können.
- II. Voruntersuchung**
 4. Alle Offshore-Chemikalien unterliegen einer abgestimmten Voruntersuchung (nach Möglichkeit auf Einzelstoffbasis) nach folgenden Kriterien:
 - a) sie sind in Anlage 2 der OSPAR-Strategie bezüglich gefährlicher Stoffe aufgeführt oder
 - b) sie geben nach Ansicht der Behörde, bei welcher der Antrag eingereicht wurde, im Hinblick auf die Meeresumwelt Anlass zu ebenso großer Besorgnis wie die in Buchstabe a genannten Stoffe oder
 - c) sie sind anorganisch sowie hochtoxisch oder
 - d) sie sind persistent oder
 - e) sie erfüllen zwei der folgenden drei Kriterien:
 - i) sie sind biologisch nicht leicht abbaubar;
 - ii) sie verfügen über ein hohes Bioakkumulationspotenzial;
 - iii) sie haben eine hohe Toxizität;

wie in der entsprechenden OSPAR-Empfehlung über ein abgestimmtes Voruntersuchungssystem für Offshore-Chemikalien ausführlicher dargelegt.
 5. Jede nach den vorstehenden Kriterien bestimmte Offshore-Chemikalie ist zu ersetzen, sofern ein weniger gefähr-

ably non-hazardous) substitute is available.

6. Any offshore chemical, other than those on the PLONOR list, that is not identified by the above criteria shall be ranked.

III. Ranking

7. Ranking of the offshore chemicals according to the generic PEC/PNEC ratio gives an indication of the relative risks of these offshore chemicals. The PEC/PNEC ratio (referred to as "hazard quotient" in CHARM) shall be calculated by using CHARM (applying the standardised reference oil/gas platforms and dilution factors defined in CHARM). The CHARM "hazard assessment" module shall be used as a primary tool for ranking. Other suitable assessment methods may be used additionally for comparative evaluation of the ranking. Generic PEC/PNEC ratios shall be used for ranking purposes only, and not as the sole factor to control the use and discharge of offshore chemicals. The results of these calculations, together with the uncertainty factors identified by CHARM, shall be taken into account by authorities when establishing:

- a. a ranking list of offshore chemicals. This list shall:
- (i) be subject to regular review and evaluation by authorities, taking into account the progress within the OSPAR Strategy with regard to Hazardous Substances;
 - (ii) be grouped in function categories according to the categorisation in the annual reporting system for the use and discharge of chemicals from offshore installations;
- b. the appropriate regulatory action in accordance with the provisions stipulated in paragraphs 3.1 to 3.4 of this Decision.

IV. Management decisions

8. The pre-screening and, where appropriate, the ranking steps outlined above will facilitate management decisions which shall lead to one or more of the outcomes outlined in subsections A-D below.

un produit de substitution moins dangereux (voire de préférence non dangereux).

6. Tout produit chimique d'offshore autre que ceux inscrits sur la liste PLONOR, qui ne répondrait pas aux critères ci-dessus, fera l'objet d'une classification.

III. Classement

7. Le classement des produits chimiques d'offshore en fonction du ratio PEC/PNEC générique donne une indication des risques relatifs qu'ils présentent. Le ratio PEC/PNEC (dit, «quotient de danger» dans le modèle CHARM) sera calculé selon le modèle CHARM (en appliquant la référence normalisée des «plates-formes pétrolières/gazières» et les coefficients de dilution définis par le modèle CHARM). Le module CHARM «d'évaluation du danger» sera le principal outil de classement. Pour pouvoir procéder à une étude comparative du classement, d'autres méthodes adéquates d'évaluation pourront être appliquées en sus. Les ratios PEC/PNEC génériques ne seront appliqués qu'aux fins du classement, et non pas comme seul élément de réglementation de l'utilisation et du rejet des produits chimiques d'offshore. Les résultats de ces calculs, parallèlement aux coefficients d'incertitude définis par CHARM, seront pris en compte par les autorités:

- a. pour le classement des produits chimiques sur une liste, laquelle:
- (i) sera revue et évaluée régulièrement par les autorités, en prenant en considération les progrès accomplis dans le cadre de la Stratégie OSPAR visant les substances dangereuses;
 - (ii) sera répartie en catégories de fonctions, telles que définies dans le système de notification annuelle de l'utilisation et des rejets de produits chimiques par les installations offshore;
- b. pour déterminer les mesures réglementaires à prendre conformément aux dispositions des paragraphes 3.1 à 3.4 de la présente Décision.

IV. Décisions de gestion

8. La présélection et, s'il y a lieu, les étapes de classement décrites ci-dessus faciliteront les décisions de gestion, décisions qui aboutiront à un ou plusieurs des cas de figure décrits dans les parties A à D ci-dessous.

licher (oder besser ungefährlicher) Ersatzstoff zur Verfügung steht.

6. Mit Ausnahme der auf der PLONOR-Liste stehenden Stoffe ist jede Offshore-Chemikalie, die nicht nach den vorstehenden Kriterien bestimmt worden ist, zu klassifizieren.

III. Klassifizierung

7. Die Klassifizierung der Offshore-Chemikalien nach dem standardisierten PEC/PNEC-Verhältnis gibt Aufschluss über die relativen Risiken dieser Chemikalien. Das Verhältnis PEC/PNEC (in CHARM als „Gefährlichkeitsquotient“ bezeichnet) ist mittels CHARM zu berechnen (anhand der standardisierten Referenz-Öl/Gas-Plattformen und Verdünnungsfaktoren nach CHARM). Das „Gefahrenbewertungs-Modul“ von CHARM ist als grundlegendes Klassifizierungsinstrument einzusetzen. Für die vergleichende Beurteilung der Klassifizierung können zusätzlich auch andere dafür geeignete Bewertungsmethoden verwendet werden. Standardisierte PEC/PNEC-Verhältnisse dürfen nur für die Klassifizierung verwendet werden und nicht als einziger Faktor zur Regelung der Verwendung und Einleitung von Offshore-Chemikalien. Die Ergebnisse dieser Berechnungen sind gemeinsam mit den anhand von CHARM ermittelten Unsicherheitsfaktoren von den Behörden zu berücksichtigen, wenn sie Folgendes festlegen:

- a) eine Rangliste für Offshore-Chemikalien. Diese Liste ist
- i) von den Behörden unter Berücksichtigung der erzielten Fortschritte innerhalb der OSPAR-Strategie bezüglich gefährlicher Stoffe regelmäßig zu überprüfen und zu bewerten;
 - ii) in Funktionskategorien einzuteilen, die der Einteilung im jährlichen Berichterstattungssystem für die Verwendung und Einleitung von Chemikalien aus Offshore-Anlagen entsprechen;
- b) die geeigneten Regulierungsmaßnahmen gemäß den Bestimmungen in den Ziffern 3.1 bis 3.4 dieses Beschlusses.

IV. Managemententscheidungen

8. Durch die Voruntersuchung und gegebenenfalls auch die vorstehend beschriebenen Klassifizierungsschritte werden Managemententscheidungen erleichtert, die ihrerseits zu einem oder mehreren Ergebnissen führen sollen, die in den Punkten A bis D erläutert sind.

A. Permission

9. Authorities take regulatory action e.g., permit or approve offshore chemicals for use or discharge in connection with the application concerned without further evaluation. However, authorities may set conditions e.g. regarding the amount to be discharged, period of validity etc.

B. Substitution

10. Taking into account the criteria for substitution as in paragraph 4 above, authorities request the operator to apply a substitute for the offshore chemical or, if deemed necessary, request the operator to provide additional data.
11. If the operator wishes to substitute an offshore chemical for economic reasons or for reasons of performance, then the generic PEC/PNEC ratio of the substitute and the overall environmental impact associated with its use and discharge shall be lower than, or equal to, that of the original offshore chemical.

C. Temporary permission

12. Where no substitute for the offshore chemical concerned is currently available, authorities grant a temporary permission for a limited period (and for a maximum of three years), whilst a less hazardous (or preferably non hazardous) substitute is sought.
13. If an operator for non-environmental reasons (e.g. for reasons of safety, health, or technical performance) applies for the substitution of a chemical and if the generic PEC/PNEC ratio of the substitute and the overall impact associated with its use and discharge is higher than that of the original chemical, authorities issue a special, temporary permission for a limited period (and for a maximum of three years) if they deem this substitution appropriate.
14. Any temporary permission may be renewed after expiry, if the operator can demonstrate to the satisfaction of the authorities that, despite considerable efforts, no alternative is yet available. Alternatively, authorities may request additional data to allow a reassessment of the hazard or risk caused by the use and discharge of this offshore chemical.

A. Autorisation

9. Les autorités prennent des mesures réglementaires, p.ex. autoriser ou approuver l'utilisation ou le rejet de produits chimiques d'offshore pour l'application en question, et ce sans évaluation complémentaire. Toutefois, les autorités pourront fixer des conditions, relatives par exemple à la quantité rejetée, à la durée de validité, etc.

B. Substitution

10. Prenant en compte les critères de substitution visés au paragraphe 4 ci-avant, les autorités demanderont à l'exploitant d'utiliser un substitut du produit chimique d'offshore ou, si elles le jugent utile, lui demanderont de fournir des renseignements complémentaires.
11. Si l'exploitant souhaite remplacer un produit chimique d'offshore pour des raisons économiques ou de résultat, le ratio PEC/PNEC générique du produit de substitution et l'impact environnemental général suscité par son utilisation et par son rejet devront être inférieurs ou égaux à celui du produit chimique d'offshore original.

C. Autorisation provisoire

12. S'il n'existe aucun produit pouvant se substituer au produit chimique d'offshore concerné, les autorités auront la faculté d'accorder une autorisation provisoire, valide pour une période restreinte (et pour un maximum de trois ans), pendant que l'on cherche un produit de substitution moins dangereux (voire de préférence non dangereux).
13. Si, pour des raisons autres qu'environnementales (p.ex. des raisons de sécurité, de santé ou de résultats techniques), un exploitant demande à substituer un produit chimique et si le ratio PEC/PNEC générique du produit de substitution ainsi que l'impact général que susciterait son utilisation et son rejet sont plus importants que celui du produit chimique initial, et si les autorités jugent cette substitution appropriée, elles accordent une autorisation provisoire spéciale, valide pour une période restreinte (et pour une durée maximum de trois ans).
14. Toute autorisation provisoire pourra éventuellement être renouvelée à expiration, ceci si l'exploitant peut apporter la preuve, à la satisfaction des autorités, qu'en dépit d'efforts considérables, il n'existe encore aucune alternative. Alternativement, les autorités pourront demander des données supplémentaires afin de pouvoir procéder à une réévaluation du dan-

A. Genehmigung

9. Die Behörden ergreifen regulierende Maßnahmen; dies kann z.B. auch die Genehmigung oder Zulassung von Chemikalien zur Verwendung oder Einleitung in Verbindung mit dem betreffenden Antrag ohne weitere Bewertung sein. Die Behörden können jedoch Auflagen machen, z.B. hinsichtlich der Einleitungsmenge, der Gültigkeitsdauer usw.

B. Substitution

10. Unter Berücksichtigung der Substitutionskriterien in Ziffer 4 schreiben die Behörden dem Betreiber vor, einen Ersatzstoff für die Offshore-Chemikalie zu verwenden oder – wenn für notwendig erachtet – weitere Daten zur Verfügung zu stellen.
11. Wenn der Betreiber eine Offshore-Chemikalie aus wirtschaftlichen Gründen oder aus Gründen der Gebrauchstauglichkeit ersetzen möchte, müssen das standardisierte PEC/PNEC-Verhältnis des Ersatzstoffs und die mit seiner Verwendung und Einleitung verbundenen Gesamtwirkungen auf die Umwelt geringer oder genauso groß sein wie die der ursprünglichen Offshore-Chemikalie.

C. Zeitlich begrenzte Genehmigung

12. Ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein Ersatzstoff für die betreffende Chemikalie vorhanden, erteilen die Behörden eine vorläufige Genehmigung für eine begrenzte Dauer (höchstens drei Jahre), in der nach einem weniger gefährlichen (oder besser ungefährlichen) Ersatzstoff gesucht wird.
13. Wenn ein Betreiber aus anderen Gründen als zum Schutz der Umwelt (z.B. aus Gründen der Sicherheit, der Gesundheit oder der Gebrauchstauglichkeit) die Substitution einer Chemikalie beantragt und wenn das standardisierte PEC/PNEC-Verhältnis des Ersatzstoffs und die mit seiner Verwendung und Einleitung verbundenen Gesamtwirkungen auf die Umwelt größer sind als die der ursprünglichen Chemikalie, so erteilen die Behörden eine vorläufige Sondergenehmigung für eine begrenzte Dauer (höchstens drei Jahre), wenn sie diese Substitution für angemessen halten.
14. Jede zeitlich begrenzte Genehmigung kann nach Ablauf verlängert werden, wenn der Betreiber den zuständigen nationalen Behörden glaubhaft machen kann, dass trotz erheblicher Bemühungen noch keine Alternative gefunden worden ist. Alternativ können die Behörden weitere Daten anfordern, die eine erneute Abschätzung der Gefahren oder Risiken aufgrund

ger et du risque suscité par l'utilisation et le rejet dudit produit chimique d'offshore.

der Verwendung und Einleitung dieser Offshore-Chemikalie ermöglichen.

D. Refusal of permission

15. Authorities refuse permission for those offshore chemicals which they consider to be unsuitable for use and discharge offshore.

D. Refus de l'autorisation

15. Les autorités refusent d'autoriser les produits chimiques d'offshore qu'elles considéreront comme ne convenant pas à une utilisation ou à un rejet en offshore.

D. Verweigerung der Genehmigung

15. Die Behörden verweigern die Genehmigung von Offshore-Chemikalien, die sich nach ihrer Ansicht nicht für die Verwendung und Einleitung offshore eignen.

Appendix 2

Implementation
Report Formats

The formats for implementation reports concerning OSPAR Decision 2000/2 on a Harmonised Mandatory Control System for the Use and Reduction of the Discharge of Offshore Chemicals as set out below should be used to the extent possible.

1. Implementation Report on Compliance

Country: Reservation applies: yes/no*)Is measure applicable in your country? yes/no*)

If not applicable, then state why not (e.g. no relevant installation or activity)

.....
.....
.....
.....

Means of Implementation:	by legislation	by administrative action	by negotiated agreement
	yes/no*)	yes/no*)	yes/no*)

Please provide information on:

- specific measures taken to give effect to this measure;
- any special difficulties encountered, such as practical or legal problems, in the implementation of this measure;
- the reasons for not having fully implemented this measure should be spelt out clearly and plans for full implementation should be reported;
- if appropriate, progress towards being able to lift the reservation.

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

*) Delete whichever is not appropriate.

Appendice 2

Formulaires de rapports
de mise en œuvre

Le formulaire de compte rendu de mise en œuvre de la Décision OSPAR 2000/2 relative à un système obligatoire et harmonisé de contrôle de l'utilisation des produits chimiques en offshore et de réduction de leurs rejets, tels que figurant ci-après, sera utilisé dans toute la mesure du possible.

1. Compte rendu de mise en conformité

Pays: Une réserve s'applique: oui/non*)La mesure est-elle applicable dans votre pays? oui/non*)

Si elle ne l'est pas, préciser pour quelle raison (p.ex. il n'y a pas d'installation ou d'activité à laquelle elle pourrait s'appliquer)

.....
.....
.....
.....

Mode de mise en œuvre:	législation	mesure administrative	accord négocié
	oui/non*)	oui/non*)	oui/non*)

Bien vouloir donner des renseignements sur les éléments suivants:

- mesures prises spécifiquement afin de rendre présente mesure effective;
- difficultés particulières qui se sont présentées, telles que problèmes pratiques ou juridiques, dans la mise en œuvre de la présente mesure;
- les raisons pour lesquelles la présente mesure n'a pas été entièrement appliquée doivent être clairement indiquées, de même que ce qui est prévu pour la mettre pleinement en œuvre;
- si opportun, les progrès réalisés dans le sens de la levée de la réserve.

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

*) Biffer la mention inutile.

Anhang 2

Formblatt für die Bericht-
erstattung über die Umsetzung

Zur Berichterstattung über die Umsetzung des OSPAR-Beschlusses 2000/2 über ein abgestimmtes verbindliches System zur Regelung der Verwendung von Offshore-Chemikalien und der Verringerung ihrer Einleitung sollten so weit wie möglich die nachstehenden Formblätter verwendet werden.

1. Bericht über die Umsetzung

Land: Besteht ein Vorbehalt? ja/nein*)Wird die Maßnahme in Ihrem Land angewandt? ja/nein*)

Falls nicht, Gründe angeben (z.B. kein entsprechender Betrieb oder keine entsprechende Aktivität)

.....
.....
.....
.....

Mittel zur Umsetzung:	gesetzliches Regelwerk	untergesetzliches Regelwerk	freiwillige Vereinbarung
	ja/nein*)	ja/nein*)	ja/nein*)

Angaben über:

- spezifische Schritte, die zur Umsetzung dieser Maßnahme unternommen wurden;
- Schwierigkeiten wie praktische oder rechtliche Hindernisse bei der Umsetzung dieser Maßnahme;
- die Gründe für eine unvollständige Umsetzung dieser Maßnahmen sowie Angaben dazu, was für eine vollständige Umsetzung vorgesehen ist;
- gegebenenfalls erzielte Fortschritte in Richtung einer möglichen Aufhebung des Vorbehalts.

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

*) Unzutreffendes streichen.

2. Implementation Report on Effectiveness**Note:**

The following data and information should be reported to the extent possible. Please state the reasons, if some required data and information cannot be provided.

2. Compte rendu d'efficacité**Remarque:**

Les données et les renseignements ci-après seront communiqués dans toute la mesure du possible. Si certains des renseignements ou des données ne peuvent être communiqués, bien vouloir en indiquer les raisons.

2. Bericht über die Wirksamkeit**Anmerkung:**

Soweit möglich, sind folgende Daten und Informationen vorzulegen. Gegebenenfalls sind die Gründe für das Fehlen einiger der erforderlichen Daten und Informationen anzuführen.

1. General background and reference information

(Some of this information is also given in the Annual OSPAR Reports on Discharges, Waste Handling and Air Emissions from Offshore Installations.)

	2000	2001	2002	2003	2004
Annual production of oil (tonnes)					
Annual production of gas (Nm ³)					
Total annual production in oil equivalents (toeq)					
Number of exploration wells drilled					
Depth of exploration wells drilled (1 000 m)					
Number of production wells drilled					
Depth of production wells drilled (1 000 m)					
Amount of water produced (m ³)					
Amount of water injected (m ³)					

1. Informations générales et de référence

(Certains de ces renseignements figurent aussi dans les rapports annuels d'OSPAR sur les rejets, le traitement des déchets et les émissions atmosphériques des installations offshore.)

	2000	2001	2002	2003	2004
Production annuelle de pétrole (tonnes)					
Production annuelle de gaz (Nm ³)					
Production annuelle total d'hydrocarbures en équivalents pétrole (toeq)					
Nombre de puits d'exploration forés					
Profondeur des puits d'exploration forés (1 000 m)					
Nombre de puits de production forés					
Profondeur des puits de production forés (1 000 m)					
Quantité d'eau produite (m ³)					
Quantité d'eau injectée (m ³)					

1. Allgemeine Hintergrund- und Referenzinformationen

(Einige dieser Informationen sind auch in den OSPAR-Jahresberichten über Einleitungen, Abfallbehandlung und Luftemissionen aus Offshore-Anlagen zu finden.)

	2000	2001	2002	2003	2004
Jahresproduktion Öl (Tonnen)					
Jahresproduktion Gas (Nm ³)					
Gesamte Jahresproduktion in Tonnen Öläquivalenten (t OE)					
Anzahl der Aufsuchungsbohrungen					
Teufe der Aufsuchungsbohrungen (1 000 m)					
Anzahl der Produktionsbohrungen					
Teufe der Produktionsbohrungen (1 000 m)					
Gefördertes Wasser (m ³)					
Eingepresstes Wasser (m ³)					

2. Offshore chemicals used and discharged

	2000	2001	2002	2003	2004
Annex 2*) substances Used (tonnes): Discharged (tonnes):					
Substitution candidates**) Used (tonnes): Discharged (tonnes):					

*) Annex 2 of the OSPAR Strategy with regard to Hazardous Substances.

**) Substances assessed by the pre-screening scheme in accordance with the applicable OSPAR Recommendation on a Harmonised Pre-screening Scheme for Offshore Substances as candidates for substitution.

2. Produits chimiques d'offshore utilisés et rejetés

	2000	2001	2002	2003	2004
Substances inscrites à l'annexe 2*) Utilisation (tonnes): Rejets (tonnes):					
Substances candidates à la substitution**) Utilisation (tonnes): Rejets (tonnes):					

*) Annexe 2 à la Stratégie OSPAR visant les substances dangereuses.

**) Substances ayant fait l'objet d'une évaluation grâce au système de présélection conformément à la Recommandation OSPAR relative à un système harmonisé de présélection des produits chimiques d'offshore et considérés comme candidates à la substitution.

2. Verwendete und eingeleitete Offshore-Chemikalien

	2000	2001	2002	2003	2004
In Anlage 2*) aufgeführte Stoffe Verwendet (Tonnen): Eingeleitet (Tonnen):					
In Frage kommende Ersatzstoffe**) Verwendet (Tonnen): Eingeleitet (Tonnen):					

*) Anlage 2 der OSPAR-Strategie bezüglich gefährlicher Stoffe.

**) Stoffe, die nach Einschätzung des Voruntersuchungssystems der entsprechenden OSPAR-Empfehlung über ein abgestimmtes Voruntersuchungssystem für Offshore-Chemikalien als Ersatzstoffe in Frage kommen.

3. Name the preparations that have been subject to:

Preparation	Function	A – Permission	B – Substitution	C – Temporary Permission (state duration)	D – Refusal of Permission
Number					
% of total					

3. Indiquer les préparations ayant fait l'objet:

Préparation	Fonction	A – d'une autorisation	B – d'une substitution	C – d'une autorisation provisoire (indiquer la durée)	D – d'un refus d'autorisation
Nombre					
% du total					

3. Angabe der Zubereitungen, für die Folgendes gilt:

Zubereitung	Funktion	A – Genehmigung	B – Substitution	C – zeitlich begrenzte Genehmigung (Angabe der Dauer)	D – Verweigerung der Genehmigung
Anzahl					
% der Gesamtzahl					

4. Substitution and Refusal

- 4.1 State the unequivocal names and CAS numbers of all substances which the authority has identified for “Substitution” or “Refusal of Permission”:

Name of substance	CAS number	Substitution	Refusal of Permission	Reason

4. Substitution et refus d'autorisation

- 4.1 Indiquer les désignations sans équivoque et les numéros CAS de toutes les substances que l'autorité a décidé de faire remplacer ou dont elle a refusé l'autorisation:

Désignation de la substance	Numéro CAS	Substitution	Refus de l'autorisation	Raison

4. Substitution und Verweigerung der Genehmigung

- 4.1 Angabe der eindeutigen Bezeichnungen und CAS-Nummern aller Stoffe, die die Behörde für eine „Substitution“ oder „Verweigerung der Genehmigung“ vorgesehen hat:

Stoffbezeichnung	CAS-Nummer	Substitution	Verweigerung der Genehmigung	Begründung

5. Ranking

- 5.1 Has a ranking list grouped in function categories been drawn up by the authority and how is it maintained?
- 5.2 Are evaluations using the CHARM model conducted by the authority or by operators?

5. Classement

- 5.1 Une liste de classement subdivisée en catégories de fonctions a-t-elle été créée par l'autorité et comment est-elle tenue à jour?
- 5.2 Les évaluations fondées sur le modèle CHARM ont-elles été faites par l'autorité ou par les exploitants?

5. Klassifizierung

- 5.1 Hat die Behörde eine in Funktionskategorien eingeteilte Rangliste aufgestellt und wie wird diese von ihr geführt?
- 5.2 Werden von der Behörde oder den Betreibern Bewertungen anhand des CHARM-Modells durchgeführt?

OSPAR-Beschluss 2000/3

Verwendung von Bohrspülung mit organischer Phase (OPF)
und Einleitung von mit OPF kontaminiertem Bohrklein

OSPAR Decision 2000/3

on the Use of Organic-Phase Drilling Fluids (OPF)
and the Discharge of OPF-Contaminated Cuttings

Décision OSPAR 2000/3

relative à l'utilisation des fluides de forage à phase organique (OPF)
et sur le rejet des déblais de forage contaminés par des OPF

(Übersetzung)

Recalling Article 2 (3) of the Convention for the Protection of the Marine Environment of the North-East Atlantic ("OSPAR Convention"), which requires the Contracting Parties to take full account of the latest technological developments and practices when adopting Programmes and Measures;

Recalling Article 5 of the OSPAR Convention, which requires the Contracting Parties to take all possible steps to prevent and eliminate pollution from offshore sources in accordance with the provisions of the Convention, in particular as provided for in Annex III of the Convention;

Recalling Article 3 of Annex III of the OSPAR Convention which prohibits any dumping of wastes or other matter from offshore installations;

Recalling PARCOM Decision on the Notification of Chemicals Used Offshore, 1981 and PARCOM Decision 92/2 on the Use of Oil-Based Muds, the latter of which took effective steps to reduce the discharge of oil based drilling muds into the maritime area;

Noting that recently developed synthetic drilling fluids are likely to persist when discharged into the marine environment at high concentration on drill cuttings where anaerobic conditions develop;

Noting the recommendation of the Workshop on Drilling Fluids that a structured approach to the choice of drilling options should be implemented;

Noting the legislation of the European Community, of the European Economic Area and corresponding legislation of other Contracting Parties which defines princi-

Rappelant l'alinéa (3) de l'article 2 de la Convention pour la protection du milieu marin de l'Atlantique du nord-est (dite «Convention OSPAR»), qui demande qu'en adoptant des programmes et des mesures, les Parties contractantes tiennent pleinement compte des derniers progrès techniques réalisés et mis en application;

Rappelant l'article 5 de la Convention OSPAR, qui demande que les Parties contractantes prennent toutes les mesures possibles afin de prévenir et de supprimer la pollution provenant de sources offshore, conformément aux dispositions de la Convention, en particulier dans les conditions prévues à l'annexe III à la Convention;

Rappelant l'article 3 de l'annexe III à la Convention OSPAR, qui interdit toute immersion de déchets ou autres matières à partir des installations offshore;

Rappelant la Décision PARCOM sur la notification des produits chimiques utilisés en mer, 1981, et la Décision PARCOM 92/2 sur l'utilisation des boues au mazout, par laquelle des mesures ont été effectivement prises afin de réduire les rejets de boues de forage au mazout dans la zone maritime;

Prenant note que les fluides de forage de synthèse récemment mis au point ont des chances de persister lorsqu'ils sont rejetés dans l'environnement marin à de fortes concentrations sur les déblais de forage, là où des conditions anaérobiques se développent;

Prenant note de la recommandation de l'Atelier sur les fluides de forage, à savoir qu'il y a lieu d'adopter, pour le choix des options de forage, une approche structurée;

Prenant note de la législation communautaire européenne, de la zone économique exclusive et de la législation correspondante des autres Parties contractantes,

Eingedenk des Artikels 2 Absatz 3 des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks („OSPAR-Übereinkommen“), der vorschreibt, dass die Vertragsparteien beim Beschließen von Programmen und Maßnahmen die Anwendung der neuesten technischen Entwicklungen und Methoden in vollem Maß berücksichtigen;

eingedenk des Artikels 5 des OSPAR-Übereinkommens, der vorschreibt, dass die Vertragsparteien alle nur möglichen Maßnahmen ergreifen, um die Verschmutzung durch Offshore-Quellen in Übereinstimmung mit dem Übereinkommen, insbesondere wie in Anlage III vorgesehen, zu verhüten und zu beseitigen;

eingedenk des Artikels 3 der Anlage III des OSPAR-Übereinkommens, der das Einbringen von Abfällen oder sonstigen Stoffen durch Offshore-Anlagen verbietet;

eingedenk des PARCOM-Beschlusses über die Notifizierung von offshore verwendeten Chemikalien von 1981 und des PARCOM-Beschlusses 92/2 über die Verwendung von Bohrspülung auf Ölbasis, der wirksame Schritte zur Reduzierung der Einleitung von Bohrspülung auf Ölbasis in das Meeresgebiet unternahm;

in Anbetracht, dass vor kurzem entwickelte Bohrspülungen auf synthetischer Basis persistent sein können, wenn sie in hoher Konzentration auf Bohrklein in die Meeresumwelt eingeleitet werden, wo anaerobe Bedingungen entstehen;

in Anbetracht der Empfehlung des Workshops zum Thema Bohrspülungen, dass bei der Wahl von Bohrverfahren ein strukturierter Ansatz verfolgt werden sollte;

in Anbetracht der Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaft, des Europäischen Wirtschaftsraums und entsprechender Rechtsvorschriften anderer Vertrags-

ples on, and makes provision for waste management;

Recognising that marine pollution by drill cuttings and their associated organic phase drilling fluids (OPF) should be avoided and prevented to the greatest possible extent.

The Contracting Parties to the Convention for the Protection of the Marine Environment of the North-East Atlantic decide:

1. Definitions

1.1 For the purpose of this Decision:

- a. "Organic-phase drilling fluid (OPF)" means an organic-phase drilling fluid, which is an emulsion of water and other additives in which the continuous phase is a water-immiscible organic fluid of animal, vegetable or mineral origin;
- b. "Base fluid" means the water immiscible fluid which forms the major part of the continuous phase of the OPF;
- c. "Drilling fluid" means base fluid together with those additional chemicals which constitute the drilling system;
- d. "Oil-based fluids (OBF)" means low aromatic and paraffinic oils and those mineral oil-based fluids that are neither synthetic fluids nor fluids of a class whose use is otherwise prohibited;
- e. "Synthetic fluid" means highly refined mineral oil-based fluids and fluids derived from vegetable and animal sources;
- f. "Cuttings" means solid material removed from drilled rock together with any solids and liquids derived from any adherent drilling fluids;
- g. "Whole OPF" means OPF not adhering to or mixed with cuttings.

2. Purpose and scope

Purpose

- 2.1 The purpose of this Decision is to prevent and eliminate pollution of the

qui définissent les principes de la gestion des déchets et instaurent des dispositions à cet effet;

Reconnaissant qu'il y a lieu d'éviter et de prévenir dans toute la mesure du possible la pollution du milieu marin par les déblais de forage et les fluides de forage à phase organique (OPF) qui s'y rapportent;

Les Parties contractantes à la Convention pour la protection du milieu marin de l'Atlantique du nord-est décident:

1. Définitions

1.1 Aux fins de la présente Décision:

- a. L'expression «fluides de forage à phase organique (OPF)» désigne un fluide de forage à phase organique, constitué par une émulsion d'eau et d'autres adjuvants, dans laquelle la phase continue est un fluide organique d'origine animale, végétale ou minérale non miscible dans l'eau;
- b. L'expression «fluide de base» désigne le fluide non miscible dans l'eau, constituant la plus grande partie de la phase continue de l'OPF;
- c. L'expression «fluide de forage» désigne le fluide de base ainsi que les produits chimiques ajoutés qui constituent le fluide utilisé pendant les opérations de forage;
- d. L'expression «fluides à base d'hydrocarbures (OBF)» désigne les huiles à faible teneur en aromatiques et les huiles paraffiniques ainsi que les fluides à base d'huile minérale qui ne sont ni des fluides synthétiques ni des fluides entrant dans une catégorie dont l'utilisation est par ailleurs interdite;
- e. L'expression «fluide de synthèse» désigne les fluides, à base d'huile minérale hautement raffinée, ainsi que les fluides d'origine végétale et animale;
- f. L'expression «déblais de forage» désigne du matériau solide extrait de la roche en cours de forage, ainsi que tous les autres solides et liquides quels qu'ils soient provenant de tout fluide de forage en adhérence;
- g. L'expression «OPF entier» désigne l'OPF n'adhérant pas aux déblais de forage ou mélangé à ceux-ci.

2. Objectif et champ d'application

Objectif

- 2.1 La présente Décision a pour objet de prévenir et de supprimer la pollution

parteien, in denen die Grundsätze der Abfallentsorgung festgelegt und diesbezügliche Regelungen getroffen sind;

in der Erkenntnis, dass die Meeresverschmutzung durch Bohrklein und die daran haftende Bohrspülung mit organischer Phase (OPF) im größtmöglichen Maße vermieden und verhütet werden sollte –

beschließen die Vertragsparteien des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks Folgendes:

1. Begriffsbestimmungen

1.1 Im Sinne dieses Beschlusses:

- a) bedeutet „Bohrspülung mit organischer Phase (OPF)“ eine Bohrspülung mit organischer Phase, die eine Emulsion aus Wasser und anderen Zusatzstoffen ist, bei der die kontinuierliche Phase eine nicht mit Wasser mischbare organische Flüssigkeit tierischen, pflanzlichen oder mineralischen Ursprungs ist;
- b) bedeutet „Basisflüssigkeit“ die nicht mit Wasser mischbare Flüssigkeit, die den größten Teil der kontinuierlichen Phase der OPF-Bohrspülung ausmacht;
- c) bedeutet „Bohrspülung“ Basisflüssigkeit mit den zusätzlichen Chemikalien, die das Spülungssystem darstellen;
- d) bedeutet „auf Öl basierende Flüssigkeit (OBF)“ Öle mit niedrigem Aromatengehalt und paraffinische Öle sowie solche Flüssigkeiten auf Mineralölbasis, bei denen es sich weder um synthetische Flüssigkeiten handelt noch um eine Flüssigkeitsklasse, deren Verwendung anderweitig verboten ist;
- e) bedeutet „synthetische Flüssigkeit“ hochraffinierte Flüssigkeiten auf Mineralölbasis sowie Flüssigkeiten pflanzlicher oder tierischer Herkunft;
- f) bedeutet „Bohrklein“ aus erbohrtem Gestein stammendes festes Material zusammen mit festen und flüssigen Stoffen aus anhaftender Bohrspülung;
- g) bedeutet „reine OPF“ Bohrspülung mit organischer Phase (OPF), die nicht an Bohrklein haftet oder mit Bohrklein vermischt ist.

2. Zweck und Regelungsbereich

Zweck

- 2.1 Zweck dieses Beschlusses ist, die Verschmutzung des Meeresgebiets

maritime area by the use and discharge of OPF and OPF-contaminated cuttings.

de la zone maritime due à l'utilisation et au rejet d'OPF et de déblais de forage contaminés par des OPF.

infolge der Verwendung und Einleitung von Bohrspülung mit organischer Phase (OPF) und von mit OPF kontaminiertem Bohrklein zu verhüten und zu beseitigen.

Scope

Champ d'application

Regelungsbereich

2.2 This Decision shall apply to all OPFs used for the purpose of drilling in the course of offshore activities.

2.2 La présente Décision s'applique à tous les OPF utilisés à des fins de forage dans les activités en offshore.

2.2 Dieser Beschluss gilt für jede Bohrspülung mit organischer Phase (OPF), die bei Offshore-Tätigkeiten für Bohrzwecke verwendet wird.

3. Programmes and Measures

3. Programmes et mesures

3. Programme und Maßnahmen

3.1 Use and discharge of organic-phase drilling fluids

3.1 Utilisation et rejets des fluides de forage à phase organique

3.1 Verwendung und Einleitung von Bohrspülung mit organischer Phase

3.1.1 Contracting Parties shall ensure that no OPF shall be used for the purpose of drilling in the course of an offshore activity or discharged to the maritime area without prior authorisation from the national competent authority. In reaching a decision on any authorisation, Contracting Parties shall apply to the management of OPF-contaminated cuttings:

3.1.1 Les Parties contractantes feront en sorte qu'aucun OPF ne soit utilisé aux fins des forages en mer ni rejeté dans la zone maritime sans autorisation préalable de l'autorité nationale compétente. Pour prendre une décision sur une quelconque autorisation, les Parties contractantes appliqueront à la gestion des déblais de forage contaminés par des OPF:

3.1.1 Die Vertragsparteien haben sicherzustellen, dass Bohrspülung mit organischer Phase (OPF) nur mit vorheriger Genehmigung durch die zuständige nationale Behörde für Bohrzwecke im Rahmen einer Offshore-Tätigkeit verwendet und ins Meeresgebiet eingeleitet wird. Bei der Entscheidung über eine Genehmigung haben die Vertragsparteien im Hinblick auf die Entsorgung von mit OPF kontaminiertem Bohrklein Folgendes zugrunde zu legen:

a. the principles of the Harmonised Mandatory Control System for the Use and Reduction of the Discharge of Offshore Chemicals as set out in the applicable OSPAR Decision;

a. les principes du système obligatoire et harmonisé de contrôle de l'utilisation des produits chimiques en offshore et de réduction de leurs rejets, tels que figurant dans la Décision OSPAR pertinente;

a) die Grundsätze des abgestimmten verbindlichen Systems zur Regelung der Verwendung von Offshore-Chemikalien und der Verringerung ihrer Einleitung, wie in dem entsprechenden OSPAR-Beschluss dargelegt;

b. Best Available Techniques (BAT) and Best Environmental Practice (BEP) as set out in Appendix 1 of the OSPAR Convention;

b. les meilleures techniques disponibles (BAT) et la meilleure pratique environnementale (BEP) telles que visées en appendice 1 à la Convention OSPAR;

b) die besten verfügbaren Techniken (BAT) und die beste Umweltp Praxis (BEP), wie in Anhang 1 des OSPAR-Übereinkommens beschrieben;

c. the waste management hierarchy set out in Appendix 1 to this Decision.

c. la gestion hiérarchisée des déchets, telle que visée en appendice 1 à la présente Décision.

c) die in Anhang 1 dieses Beschlusses erläuterte Abfallentsorgungshierarchie.

3.1.2 The use of diesel-oil-based drilling fluids is prohibited.

3.1.2 L'utilisation des fluides de forage à base de mazout est interdite.

3.1.2 Die Verwendung von Bohrspülung auf Dieselölbasis ist verboten.

3.1.3 The discharge of whole OPF to the maritime area is prohibited. The mixing of OPF with cuttings for the purpose of disposal is not acceptable.

3.1.3 Le rejet dans la zone maritime des OPF entiers est interdit. Le mélange d'OPF avec des déblais en vue de leur élimination n'est pas tolérable.

3.1.3 Das Einleiten von reiner Bohrspülung mit organischer Phase (OPF) ins Meeresgebiet ist verboten. Das Mischen von OPF mit Bohrklein zum Zweck ihrer Beseitigung ist nicht zulässig.

3.1.4 The discharge into the sea of cuttings contaminated with OBF at a concentration greater than 1% by weight on dry cuttings is prohibited.

3.1.4 Le rejet en mer de déblais de forage contaminés par l'OBF par plus de 1% du poids sur les déblais de forage secs est interdit.

3.1.4 Das Einleiten von Bohrklein ins Meer ist verboten, sofern das Bohrklein bezogen auf das Trockengewicht mit mehr als 1% auf Öl basierender Flüssigkeit (OBF) kontaminiert ist.

3.1.5 The use of OPF in the upper part of the well is prohibited. Exemptions may be granted by the national competent authority for geological or safety reasons.

3.1.5 L'utilisation des OPF dans la section supérieure des puits est interdite. Des dispenses peuvent être accordées par l'autorité nationale compétente, ceci pour des raisons de géologie ou de sécurité.

3.1.5 Die Verwendung von Bohrspülung mit organischer Phase (OPF) im oberen Teil des Bohrlochs ist verboten. Die zuständige nationale Behörde kann aus geologischen oder sicherheitstechnischen Gründen eine Ausnahme genehmigen erteilen.

3.1.6 The discharge into the sea of cuttings contaminated with synthetic fluids shall only be authorised in

3.1.6 Le rejet en mer de déblais de forage contaminés par des fluides de synthèse ne sera autorisé que dans des

3.1.6 Das Einleiten von mit synthetischer Flüssigkeit kontaminiertem Bohrklein ins Meer darf nur unter außerge-

exceptional circumstances. Such authorisations shall be based on the application of BAT/BEP as set out in Appendix 1 of this Decision.	circonstances exceptionnelles. Ces autorisations seront fondées sur l'application des BAT/BEP dans les conditions visées en appendice 1 à la présente Décision.	wöhnlichen Umständen genehmigt werden. Eine solche Genehmigung muss sich auf die Anwendung von BAT/BEP im Sinne von Anhang 1 stützen.
3.2 Monitoring and reporting of OPF use	3.2 Surveillance et notification de l'utilisation des OPF	3.2 Überwachung und Berichterstattung hinsichtlich der Verwendung von Bohrspülung mit organischer Phase (OPF)
3.2.1 The national competent authority shall require such monitoring and inspection as is necessary to ensure compliance with the terms of any authorisation.	3.2.1 L'autorité nationale compétente exigera que la surveillance et les contrôles soient exercés en tant que de besoin afin que les conditions de toute autorisation soient respectées.	3.2.1 Die zuständige nationale Behörde hat eine solche Überwachung und Prüfung zu verlangen, wie sie notwendig ist, um die Einhaltung der Bedingungen einer Genehmigung zu gewährleisten.
3.2.2 Reporting on the use and management of OPF shall use a mass balance (volumetric) method of quantification.	3.2.2 La notification de l'utilisation et de la gestion des OPF sera fondée sur une méthode de quantification reposant sur un bilan massique (volumétrique).	3.2.2 Für die Berichterstattung über die Verwendung von und den Umgang mit Bohrspülung mit organischer Phase (OPF) ist eine mengenbilanzgestützte (volumetrische) Quantifizierungsmethode zu verwenden.
4. Entry into Force	4. Entrée en vigueur	4. Inkrafttreten
4.1 This Decision will enter into force on 16 January 2001.	4.1 La présente Décision entre en vigueur le 16 janvier 2001.	4.1 Dieser Beschluss tritt am 16. Januar 2001 in Kraft.
4.2 Upon entry into force, this Decision shall supersede:	4.2 En entrant en vigueur, la présente Décision annule et remplace:	4.2 Nach seinem Inkrafttreten ersetzt er
a. PARCOM Decision on the Notification of Chemicals Used Offshore, 1981;	a. la Décision PARCOM sur la notification des produits chimiques utilisés en mer, 1981; et	a) den PARCOM-Beschluss über die Notifizierung von offshore verwendeten Chemikalien von 1981;
b. PARCOM Decision 92/2 on the Use of Oil-Based Muds.	b. la Décision PARCOM 92/2, sur l'utilisation des boues au mazout.	b) den PARCOM-Beschluss 92/2 über die Verwendung von Bohrspülungen auf Ölbasis.
5. Implementation Reports	5. Rapports de mise en œuvre	5. Umsetzungsberichte
5.1 Reports on the implementation of this Decision shall be submitted to the appropriate OSPAR subsidiary body in the intersessional period 2001/2002 in accordance with OSPAR's Standard Implementation Reporting and Assessment Procedure.	5.1 Les rapports de mise en œuvre de la présente Décision seront communiqués à l'organe subsidiaire OSPAR compétent, conformément à la procédure OSPAR normalisée de mise en œuvre et de notification, durant la période intersessionnelle 2001/2002.	5.1 Berichte über die Umsetzung dieses Beschlusses sind dem zuständigen OSPAR-Organ nach Maßgabe des OSPAR-Standardverfahrens für die Berichterstattung und Bewertung in der Sitzungsperiode 2001/2002 vorzulegen.
5.2 When reporting on implementation, the format as set out in Appendix 2 shall apply.	5.2 Pour la notification de la mise en œuvre, le formulaire figurant en appendice 2 sera utilisé dans toute la mesure du possible.	5.2 Zur Berichterstattung ist das Formblatt zu verwenden, das in Anhang 2 abgedruckt ist.

Appendix 1**Best Available Techniques
and Best Environmental Practice
for the Management of the Use of
Organic-Phase Drilling Fluids (OPF)
and the Discharge of
OPF Contaminated Cuttings****Best Available Techniques**

BAT is described within the context of the 'five R's' waste management hierarchy below. If future development leads to the production of novel, environmentally sound products and techniques then OSPAR may update this Decision to take these into account.

Reduce

1. The reduction of discharges of OPF-contaminated cuttings is the primary focus of this Decision. Examples of measures to be taken with a view to reducing these discharges are

- (i) prohibition on use in the upper well section, except where technically necessary,
- (ii) horizontal drilling and
- (iii) slim hole drilling.

Reuse

2. Operators will choose techniques from a range of options e.g. mud treatment plants, shale shakers, centrifuges and washing systems for cuttings, i.e. those technologies that maximise reuse consistent with safe and efficient drilling. Use of mass balance (volumetric) reporting will enable national authorities to check that reuse is being carried out effectively.

Recycle / Recover

3. In order to avoid discharges into the sea of OPF-contaminated cuttings, recycling/recovery measures should be implemented (e.g. recovery for re-use of the organic phase by distillation onshore or offshore, use of shale shakers and centrifuges).

Appendice 1**Meilleures techniques disponibles
et meilleure pratique
environnementale pour la gestion
de l'utilisation des fluides de forage
à phase organique (OPF)
et le rejet des déblais de forage
contaminés par des OPF****Meilleures techniques disponibles**

La BAT décrite s'inscrit dans le contexte de la gestion hiérarchisée des déchets ci-après^{*)}. Si les progrès réalisés dans l'avenir aboutissent à la création de produits et de techniques nouveaux et sains sur le plan de l'environnement, OSPAR pourra éventuellement actualiser la présente Décision afin de prendre en compte lesdits progrès.

Réduction

1. La réduction de la quantité de déblais de forage contaminés par des OPF constitue le principal objectif de la présente Décision. Les exemples de mesures à prendre afin de réduire ces rejets sont

- (i) l'interdiction de leur utilisation dans la section supérieure d'un puits, excepté lorsque techniquement nécessaire,
- (ii) les forages horizontaux, et
- (iii) les forages à diamètre réduit.

Réutilisation

2. Les exploitants choisiront des techniques, dans un éventail d'options, telles que p.ex. usines de traitement de boues, tamis vibrants, centrifugeuses et systèmes de lavage des déblais de forage, autrement dit, des techniques qui permettent de maximiser la réutilisation tout en assurant un forage sans danger et efficace. Le fait que le bilan massique (volumétrique) soit notifié permettra par ailleurs aux autorités nationales de s'assurer que la réutilisation a bien lieu dans les conditions voulues.

Recyclage / Récupération

3. Afin d'éviter les rejets en mer de déblais de forage contaminés par des OPF, des mesures de recyclage/récupération doivent être mises en œuvre (p.ex. récupération à des fins de réutilisation de la phase organique, par distillation à terre ou en offshore, utilisation des tamis vibrants et centrifugeuses).

Anhang 1**Beste verfügbare Techniken
und beste Umweltpraxis
im Hinblick auf den Umgang
mit Bohrspülungen
mit organischer Phase (OPF)
und die Einleitung von mit OPF
kontaminiertem Bohrklein****Beste verfügbare Techniken (BAT)**

BAT wird im Rahmen der folgenden fünfstufigen Entsorgungshierarchie beschrieben. Sollte die künftige Entwicklung zur Herstellung neuer, umweltschonender Produkte und Verfahren führen, kann OSPAR diesen Beschluss entsprechend aktualisieren.

Reduzierung / Vermeidung

1. Im Mittelpunkt dieses Beschlusses steht die Verringerung der Einleitungen von Bohrklein, das mit Bohrspülung mit organischer Phase (OPF) kontaminiert ist. Zu den in Frage kommenden Maßnahmen zur Verringerung dieser Einleitungen gehören

- i) ein Verbot der Verwendung im oberen Teil des Bohrlochs mit Ausnahme zwingender technischer Gründe,
- ii) horizontales Bohren und
- iii) Bohrlöcher mit kleinem Durchmesser.

Wiederverwendung

2. Betreibern stehen bei der Wahl der Verfahrenstechnik verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung: z.B. Spülungsbehandlungsanlagen, Schüttelsiebe, Zentrifugen und Waschsysteme für Bohrklein, d.h. Techniken, die eine maximale Wiederverwendung ermöglichen bei gleichzeitiger Gewährleistung eines sicheren und effizienten Bohrbetriebs. Durch eine mengenbilanzgestützte (volumetrische) Berichterstattung können die nationalen Behörden nachprüfen, ob die Wiederverwendung effizient durchgeführt wird.

Recycling / Rückgewinnung

3. Um zu verhindern, dass mit Bohrspülung mit organischer Phase (OPF) kontaminiertes Bohrklein ins Meer eingeleitet wird, sollten Recycling-/Rückgewinnungsmaßnahmen durchgeführt werden (z.B. Onshore- oder Offshore-Destillation, Verwendung von Schüttelsieben und Zentrifugen zwecks Rückgewinnung und Wiederverwendung der organischen Phase).

^{*)} Remarque concernant la traduction: Le texte anglais utilise l'expression «five R's waste management hierarchy». La traduction française ne s'accorde pas avec les 5R. Ce principe n'existant pas en France et le texte étant explicite, il est inutile – voire hasardeux – d'essayer de le traduire.

Residue disposal

4. The following options for the management of OPF-contaminated cuttings residue should be considered:
- a. transportation to shore of cuttings for OPF processing (e.g. oil recovery and residue disposal);
 - b. reinjection of such cuttings;
 - c. offshore treatment of such cuttings with the aim of achieving the target technology standard of 1% OPF fluid by weight on dry cuttings, and the discharge of the cleaned residue;
 - d. when cleaned residues of cuttings contaminated with synthetic fluid cannot meet that standard, national competent authorities may authorise discharge to the sea having regard to the toxicity, biodegradability and liability to bioaccumulate of the drilling fluid concerned and of the hydrography of the receiving environment.

All the above options should be assessed on a case-by-case basis by the national competent authority before it reaches any decision on the discharge of cuttings as authorised in paragraph 3.1.6. The Contracting Party concerned will report to the Commission on the criteria used by the national competent authority in reaching its decision to authorise such discharge.

Best Environmental Practice

5. In considering the various options for the control of organic-phase drilling fluids account should be taken of the conservation of resources, including energy.

Elimination des résidus

4. Pour la gestion des résidus de déblais de forage contaminés par des OPF, il y a lieu de considérer les options suivantes:
- a. transport des déblais de forage à terre, en vue du traitement des OPF (p.ex. récupération des hydrocarbures et élimination des résidus);
 - b. réinjection desdits déblais de forage;
 - c. traitement de ces déblais de forage offshore, dans le but d'atteindre la norme technique de 1% du poids de fluide OPF sur les déblais de forage secs, et rejet du résidu nettoyé;
 - d. lorsqu'après avoir été nettoyés, les résidus de déblais de forage contaminés par du fluide de synthèse ne répondront pas à cette norme, les autorités nationales compétentes auront la faculté d'autoriser leur rejet en mer, en tenant compte toutefois de la toxicité, de la biodégradabilité et de la faculté de bioaccumulation du fluide de forage en question ainsi que de l'hydrographie du milieu récepteur.

Toutes les options susvisées seront évaluées au cas par cas par l'autorité nationale compétente avant que de prendre une quelconque Décision sur le rejet des déblais de forage ainsi qu'autorisé au paragraphe 3.1.6. La Partie contractante concernée rendra compte à la Commission des critères appliqués par l'autorité nationale compétente pour prendre la décision d'autoriser ce rejet.

Meilleure pratique environnementale

5. En considérant les diverses options applicables à la réglementation des fluides de forage à phase organique, il sera tenu compte de la conservation des ressources, y compris de l'énergie.

Reststoffbeseitigung

4. Für die Entsorgung der mit Bohrspülung mit organischer Phase (OPF) kontaminierten Bohrkleinrückstände sollten folgende Möglichkeiten in Betracht gezogen werden:
- a) Verbringung des Bohrkleins an Land zur Aufarbeitung des OPF (z.B. Ölrückgewinnung und Reststoffbeseitigung);
 - b) Rückverpressung dieses Bohrkleins;
 - c) Offshore-Behandlung von Bohrklein zur Erfüllung des angestrebten Technikstandards eines 1 %-Anteils der OPF-Flüssigkeit am Bohrklein (bezogen auf das Trockengewicht) und Einleiten der gereinigten Rückstände;
 - d) sollten die gereinigten Reste des mit synthetischer Flüssigkeit kontaminierten Bohrkleins diesen Standard nicht erfüllen, so können die zuständigen nationalen Behörden eine Genehmigung zur Einleitung ins Meer erteilen, unter Berücksichtigung der Toxizität der betreffenden Bohrspülung, ihrer biologischen Abbaubarkeit und ihrer Neigung zur Bioakkumulation sowie der Hydrographie der aufnehmenden Umwelt.

Die zuständige nationale Behörde sollte, bevor sie eine Entscheidung über eine Bohrklein-Einleitung trifft, die einer Genehmigung gemäß Ziffer 3.1.6 bedarf, alle vorstehend genannten Möglichkeiten im Einzelfall bewerten. Die betroffene Vertragspartei hat der Kommission über die von der zuständigen nationalen Behörde zugrunde gelegten Kriterien bei der Entscheidung über die Genehmigung einer derartigen Einleitung Bericht zu erstatten.

Beste Umweltpraxis

5. Bei der Betrachtung der verschiedenen zur Wahl stehenden Möglichkeiten zur Regelung von Bohrspülung mit organischer Phase sollte die Schonung der Ressourcen, einschließlich der Energieressourcen, berücksichtigt werden.

Appendix 2**Implementation
Report Format**

The format below for the implementation report on compliance with OSPAR Decision 2000/3 on the Use of Organic-Phase Drilling Fluids (OPF) and the Discharge of OPF-Contaminated Cuttings should be used to the extent possible.

Country:

Reservation applies: yes/no*)

Is measure applicable in your country? yes/no*)

1. If not applicable, then state why not (e.g. no relevant installation or activity)

.....

**Means of
Implement-
ation**

by legis- lation	by ad- ministrative action	by ne- gotiated agreement
yes/no*)	yes/no*)	yes/no*)

2. Please provide information on:

- a. specific measures taken to give effect to this measure [by using the attached template];
- b. any special difficulties encountered, such as practical or legal problems, in the implementation of this measure;
- c. the reasons for not having fully implemented this measure should be spelt out clearly and plans for full implementation should be reported;
- d. if appropriate, progress towards being able to lift the reservation.

.....

*) Delete whichever is not appropriate.

Appendice 2**Formulaires de compte rendu
de mise en œuvre**

Le formulaire de compte rendu de mise en conformité de la Décision OSPAR 2000/3 relative à l'utilisation des fluides de forage à phase organique (OPF) et au rejet des déblais de forage contaminés par des OPF tel que figurant ci-après, sera utilisé dans toute la mesure du possible.

Pays:

Une réserve s'applique: oui/non*)

**La mesure est-elle appli-
cable dans votre pays?** oui/non*)

1. Si elle ne l'est pas, préciser pour quelle raison (p.ex. il n'y a pas d'installation ou d'activité à laquelle elle pourrait s'appliquer)

.....

**Mode de
mise en
œuvre**

légis- lation	mesure ad- ministrative	accord négocié
oui/non*)	oui/non*)	oui/non*)

2. Bien vouloir donner des renseignements sur les éléments suivants:

- a. mesures prises spécifiquement afin de rendre la présente mesure effective;
- b. difficultés particulières qui se sont présentées, telles que problèmes pratiques ou juridiques, dans la mise en œuvre de la présente mesure;
- c. les raisons pour lesquelles la présente mesure n'a pas été pleinement appliquée doivent être clairement indiquées, de même que ce qui est prévu pour la mettre pleinement en œuvre;
- d. si opportun, les progrès réalisés dans le sens de la levée de la réserve.

.....

*) Biffer la mention inutile.

Anhang 2**Formblatt für die Bericht-
erstattung über die Umsetzung**

Zur Berichterstattung über die Umsetzung des OSPAR-Beschlusses 2000/3 über die Verwendung von Bohrspülung mit organischer Phase (OPF) und die Einleitung von mit OPF kontaminiertem Bohrklein sollte so weit wie möglich das nachstehende Formblatt verwendet werden.

Land:

Besteht ein Vorbehalt? ja/nein*)

**Wird die Maßnahme in
Ihrem Land angewandt?** ja/nein*)

1. Falls nicht, Gründe angeben (z.B. kein entsprechender Betrieb oder keine entsprechende Aktivität)

.....

**Mittel zur
Umset-
zung**

gesetz- liches Regelwerk	unter- gesetzliches Regelwerk	freiwillige Ver- einbarung
ja/nein*)	ja/nein*)	ja/nein*)

2. Angaben über:

- a. spezifische Schritte, die zur Umsetzung dieser Maßnahme unternommen wurden;
- b. Schwierigkeiten wie praktische oder rechtliche Hindernisse bei der Umsetzung dieser Maßnahme;
- c. die Gründe für eine unvollständige Umsetzung dieser Maßnahmen sowie Angaben dazu, was für eine vollständige Umsetzung vorgesehen ist;
- d. gegebenenfalls erzielte Fortschritte in Richtung einer möglichen Aufhebung des Vorbehalts.

.....

*) Unzutreffendes streichen.

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des deutsch-nicaraguanischen Vertrags
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom 22. Dezember 2000

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 22. April 1998 zu dem Vertrag vom 6. Mai 1996 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Nicaragua über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 1998 II S. 637) wird bekannt gemacht, dass der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie das dazugehörige Protokoll

am 19. Januar 2001

in Kraft treten.

Die Ratifikationsurkunden sind in Berlin am 19. Dezember 2000 ausgetauscht worden.

Berlin, den 22. Dezember 2000

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des deutsch-mazedonischen Abkommens
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom 2. Januar 2001

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 19. April 2000 zu dem Abkommen vom 10. September 1996 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der mazedonischen Regierung über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 2000 II S. 646) wird bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 1

am 17. September 2000

in Kraft getreten ist.

Gleichzeitig ist nach Artikel 13 Abs. 3 dieses Abkommens der am 10. Juli 1989 von der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien unterzeichnete Vertrag über den gegenseitigen Schutz und die Förderung von Kapitalanlagen (BGBl. 1990 II S. 350; 1991 II S. 1042) zwischen den Vertragsparteien außer Kraft getreten.

Berlin, den 2. Januar 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

Bekanntmachung des deutsch-bolivianischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit

Vom 2. Januar 2001

Das in Berlin am 29. Juni 2000 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Bolivien über Finanzielle Zusammenarbeit 1999 ist nach seinem Artikel 5

am 29. Juni 2000

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 2. Januar 2001

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Rainer Goerdeler

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Bolivien über Finanzielle Zusammenarbeit 1999

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Bolivien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Bolivien,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Bolivien beizutragen,

unter Bezugnahme auf die in der Zeit vom 13. bis 14. Juli 1999 in Bonn geführten Regierungsverhandlungen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Bolivien oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, folgende Beträge zu erhalten:

1. Darlehen bis zu insgesamt 10 000 000,- DM (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark) für die Vorhaben
 - a) „Bewässerung Incahuasi“ – Aufstockung – bis zu insgesamt 2 000 000,- DM (in Worten: zwei Millionen Deutsche Mark),
 - b) „Finanzierung von Klein- und Kleinstunternehmen“ bis zu insgesamt 5 600 000,- DM (in Worten: fünf Millionen sechshunderttausend Deutsche Mark),
 - c) „Abwasserentsorgung Oruro“ bis zu insgesamt 2 400 000,- DM (in Worten: zwei Millionen vierhunderttausend Deutsche Mark),wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist;
2. Finanzierungsbeiträge bis zu insgesamt 45 000 000,- DM (in Worten: fünfundvierzig Millionen Deutsche Mark) für die Vorhaben
 - a) „Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in kleinen und mittleren Städten“ bis zu 20 000 000,- DM (in Worten: zwanzig Millionen Deutsche Mark),
 - b) „Abwasserentsorgung Potosi“ – Aufstockung – bis zu 5 000 000,- DM (in Worten: fünf Millionen Deutsche Mark),
 - c) „Sozialer Investitionsfonds (FIS) III“ bis zu 10 000 000,- DM (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark),
 - d) „Erneuerbare Energien“ bis zu 10 000 000,- DM (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark),

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass sie als Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur oder als selbsthilfeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrages erfüllen.

(2) Kann bei einem der in Absatz 1 Nummer 2 bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Bolivien, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für diese Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrages ein Darlehen zu erhalten.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Bolivien durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird ein in Absatz 1 Nummer 2 bezeichnetes Vorhaben durch ein Vorhaben des Umweltschutzes, der sozialen Infrastruktur oder als selbsthilfeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung ersetzt, das die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrages erfüllt, kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Bolivien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(5) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen gemäß Absatz 4 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern des Darlehens und der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge,

die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens-/Finanzierungsverträge abgeschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2007.

(2) Die Regierung der Republik Bolivien, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

(3) Die Regierung der Republik Bolivien, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Bolivien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Republik Bolivien erhoben werden. Die Bezahlung von Steuern und Abgaben wird von den nationalen bolivianischen Institutionen übernommen, die Begünstigte der Darlehens- und Finanzierungsbeiträge sind.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Bolivien überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Berlin am 29. Juni 2000 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Thomas Matussek

Für die Regierung der Republik Bolivien
Fernando Messmer Trigo

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge
und des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge**

Vom 3. Januar 2001

I.

Das Abkommen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. 1953 II S. 559) ist nach seinem Artikel 43 Ziffer 2 für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Mexiko am 5. September 2000
nach Maßgabe der nachstehenden, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde
abgegebenen Erklärungen und Vorbehalte:

(Übersetzung)

«Déclaration (Traduction) (Original: espagnol)

Aux fins de la Convention, le Mexique interprète les mots «événements survenus avant le premier janvier 1951» figurant à l'article 1, section B, dans le sens des événements survenus avant le premier janvier 1951 en Europe ou ailleurs.

Déclarations interprétatives (Traduction) (Original: espagnol)

Le Gouvernement mexicain se réserve toujours le droit de déterminer et d'octroyer le statut de réfugié, conformément à ses dispositions législatives en vigueur et sans préjudice de la définition du terme réfugié figurant à l'article premier de la Convention et à l'article premier de son Protocole.

Conformément à sa législation nationale, le Gouvernement mexicain a le pouvoir de donner aux réfugiés plus de facilités, en vue de leur naturalisation et de leur assimilation, qu'aux étrangers en général dans le cadre de sa politique démographique et en particulier de sa politique en matière de réfugiés.

Réserves (Traduction) (Original: espagnol)

Le Gouvernement mexicain est convaincu qu'il est important que tous les réfugiés aient la possibilité d'accéder à un emploi rémunéré pour assurer leur subsistance et s'engage à leur accorder, conformément à la loi, un traitement similaire à celui qui est accordé aux étrangers en général, compte tenu des lois et règlements qui déterminent le pourcentage de travailleurs étrangers que les chefs d'entreprise sont autorisés à employer au Mexique, et sans qu'il soit dérogé aux obligations des patrons en ce qui concerne l'emploi des travailleurs étrangers.

„Erklärung (Übersetzung) (Original: Spanisch)

Im Sinne des Abkommens legt Mexiko die Worte „Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten sind“ in Artikel 1 Abschnitt B so aus, dass es sich um Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 in Europa oder anderswo eingetreten sind, handelt.

Auslegungserklärungen (Übersetzung) (Original: Spanisch)

Die mexikanische Regierung wird sich stets das Recht vorbehalten, im Einklang mit den geltenden gesetzlichen Bestimmungen und unbeschadet der in Artikel 1 des Abkommens und in Artikel 1 des Protokolls zu dem Abkommen enthaltenen Begriffsbestimmung die Rechtsstellung des Flüchtlings festzulegen und zu gewähren.

Nach den innerstaatlichen Rechtsvorschriften ist die mexikanische Regierung befugt, Flüchtlingen im Rahmen ihrer Bevölkerungspolitik und insbesondere ihrer Flüchtlingspolitik hinsichtlich der Einbürgerung und Eingliederung größere Erleichterungen zu gewähren als Ausländern im Allgemeinen.

Vorbehalte (Übersetzung) (Original: Spanisch)

Die mexikanische Regierung ist davon überzeugt, dass es wichtig ist, dass alle Flüchtlinge die Möglichkeit haben, bezahlte Beschäftigungsverhältnisse einzugehen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern, und verpflichtet sich, ihnen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften die gleiche Behandlung zu gewähren wie Ausländern im Allgemeinen, wobei die Gesetze und sonstigen Vorschriften, die den Prozentsatz der Ausländer festlegen, die von den Leitern von Unternehmen in Mexiko beschäftigt werden dürfen, zu berücksichtigen sind und von den Pflichten der Arbeitgeber in Bezug auf die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte nicht abgewichen werden darf.

Cependant, étant donné que le Gouvernement mexicain ne peut garantir aux réfugiés qui remplissent les conditions énoncées aux alinéas a), b) et c) du paragraphe 2 de l'article 17 de la Convention, l'exemption automatique des obligations dont il faut s'acquitter pour l'obtention d'un permis de travail, il formule une réserve expresse auxdites dispositions.

Le Gouvernement mexicain se réserve le droit de décider, conformément à sa législation nationale, du lieu ou des lieux de résidence des réfugiés et de fixer leurs conditions de circulation sur le territoire national, et formule en conséquence une réserve expresse au sujet des articles 26 et 31.2 de la Convention.

Le Gouvernement mexicain émet une réserve expresse au sujet de l'article 32 de la Convention, en vertu de l'application de l'article 33 de la Constitution politique des États-Unis du Mexique, sans préjudice du respect du principe de non-refoulement figurant à l'article 33 de la Convention.»

Da jedoch die mexikanische Regierung Flüchtlingen, die die in Artikel 17 Absatz 2 Buchstaben a, b und c des Abkommens genannten Bedingungen erfüllen, nicht die automatische Befreiung von den Pflichten garantieren kann, die für die Erteilung einer Arbeitserlaubnis zu erfüllen sind, macht sie einen ausdrücklichen Vorbehalt zu den genannten Bestimmungen.

Die mexikanische Regierung behält sich das Recht vor, im Einklang mit ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften Flüchtlingen einen oder mehrere Aufenthaltsorte zuzuweisen und die Bedingungen für den Wechsel des Aufenthaltsorts innerhalb des mexikanischen Hoheitsgebiets festzulegen, und macht daher einen ausdrücklichen Vorbehalt zu den Artikeln 26 und 31 Absatz 2.

Unbeschadet der Einhaltung des in Artikel 33 des Abkommens niedergelegten Grundsatzes des Verbots der Ausweisung und Zurückweisung macht die mexikanische Regierung aufgrund des Artikels 33 der Staatsverfassung der Vereinigten Mexikanischen Staaten einen ausdrücklichen Vorbehalt zu Artikel 32 des Abkommens.“

II.

Das Protokoll vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. 1969 II S. 1293) ist nach seinem Artikel VIII Abs. 2 für

Mexiko am 7. Juni 2000
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 28. Dezember 1999 (BGBl. 2000 II S. 172) und vom 8. Mai 2000 (BGBl. II S. 826).

Berlin, den 3. Januar 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Haager Übereinkommens
über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung**

Vom 3. Januar 2001

Das Haager Übereinkommen vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (BGBl. 1990 II S. 206, 207) ist nach seinem Artikel 43 Abs. 2 Nr. 1 in Kraft getreten für die

Türkei am 1. August 2000
nach Maßgabe des folgenden, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde
angebrachten Vorbehalts:

(Übersetzung)

“In accordance with paragraph 3 of Article 26, the Republic of Turkey shall not be bound to assume any costs and expenses of the proceedings or, where applicable, those arising from the participation of legal counsel or advisers and those of returning the child.”

„Im Einklang mit Artikel 26 Absatz 3 ist die Republik Türkei nicht gebunden, Verfahrenskosten oder Kosten, die sich gegebenenfalls aus der Beiordnung eines Rechtsanwalts oder aus der Rückgabe des Kindes ergeben, zu übernehmen.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 21. November 2000 (BGBl. II S. 1566).

Berlin, den 3. Januar 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Abkommens über die Gründung eines Rates
für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens**

Vom 4. Januar 2001

Das Abkommen vom 15. Dezember 1950 über die Gründung eines Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens nebst Anlage (BGBl. 1952 II S. 1, 19) ist nach seinem Artikel XVIII Abs. c für

Oman am 11. September 2000
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 15. November 2000 (BGBl. II S. 1561).

Berlin, den 4. Januar 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche**

Vom 4. Januar 2001

Das Übereinkommen vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (BGBl. 1961 II S. 121; 1987 II S. 389) ist nach seinem Artikel XII Abs. 2 für

Honduras am 1. Januar 2001
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 24. Oktober 2000 (BGBl. II S. 1490).

Berlin, den 4. Januar 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
der Satzung der Weltgesundheitsorganisation**

Vom 4. Januar 2001

Die Satzung der Weltgesundheitsorganisation vom 22. Juli 1946 (BGBl. 1974 II S. 43; 1977 II S. 339; 1994 II S. 3873) ist nach ihrem Artikel 4 in Verbindung mit Artikel 79 für die

Bundesrepublik Jugoslawien am 28. November 2000
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 30. April 1997 (BGBl. II S. 1151).

Berlin, den 4. Januar 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
über die obligatorische Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge**

Vom 4. Januar 2001

Das Europäische Übereinkommen vom 20. April 1959 über die obligatorische Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeuge (BGBl. 1965 II S. 281) ist nach seinem Artikel 15 Abs. 3 für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Türkei am 25. Juli 2000
nach Maßgabe der nachstehenden, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Vorbehalte:

(Übersetzung)

„The Turkish Government avails itself of the options provided for in paragraphs 2 and 3 of Article 2 of the Convention, and of the reservations provided for in paragraphs 1, 6, 8 and 12 of Appendix II to the Convention.“

„Die türkische Regierung macht von den in Artikel 2 Nummern 2 und 3 des Übereinkommens vorgesehenen Rechten und von den in Anhang II Nummern 1, 6, 8 und 12 zu dem Übereinkommen vorgesehenen Vorbehalten Gebrauch.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 15. Juni 1972 (BGBl. II S. 694) und vom 6. Oktober 1978 (BGBl. II S. 1277).

Berlin, den 4. Januar 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
des deutsch-mauretanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 5. Januar 2001

Das in Nouakchott/Mauretanien am 2. November 2000 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien über Finanzielle Zusammenarbeit (2000) ist nach seinem Artikel 6

am 2. November 2000

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 5. Januar 2001

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Prof. Dr. Michael Bohnet

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien über Finanzielle Zusammenarbeit (2000)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Islamischen Republik Mauretanien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Islamischen Republik Mauretanien beizutragen,

unter Bezugnahme auf die in der Zeit vom 3. bis 5. April 2000 in Nouakchott geführten deutsch-mauretanischen Regierungsverhandlungen und auf das Verhandlungsprotokoll vom 5. April 2000 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien und/oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, Finanzierungsbeiträge in Höhe von insgesamt 15 000 000,- DM (in Worten: fünfzehn Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in EURO: 7,67 Millionen) zu erhalten,

1. für die Vorhaben

- a) Aufbau des Agrarkreditwesens (UNCACEM) bis zu 2 500 000,- DM (in Worten: zwei Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark; nachrichtlich in EURO: 1,28 Millionen),
- b) Funktechnische Überwachung von Fischereifangschiffen bis zu 4 500 000,- DM (in Worten: vier Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark; nachrichtlich in EURO: 2,30 Millionen),
- c) Rehabilitierung von Kleinstaudämmen in der Region Hodh el Gharbi bis zu 2 500 000,- DM (in Worten: zwei Millionen fünfhunderttausend Deutsche Mark; nachrichtlich in EURO: 1,28 Millionen),
- d) Unterstützung des Dezentalisierungsprozesses bis zu 4 000 000,- DM (in Worten: vier Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in EURO: 2,04 Millionen),
- e) Integrierte ländliche Entwicklung in der Region Guidimakha bis zu 500 000,- DM (in Worten: fünfhunderttausend Deutsche Mark; nachrichtlich in EURO: 0,25 Millionen),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist;

2. für die Einrichtung eines Studien- und Fachkräftefonds bis zu 1 000 000,- DM (in Worten: eine Million Deutsche Mark; nachrichtlich in EURO: 0,51 Millionen).

(2) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Islamischen Republik Mauretanien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 Nummer 1 genannten Vorhaben oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 und 2 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Finanzierungsverträge abgeschlossen wurden. Für diese Beträge endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2008.

(2) Die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien, soweit sie nicht selbst Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Islamischen Republik Mauretanien erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

(1) Die im Abkommen vom 29. Januar 1995 über Finanzielle Zusammenarbeit in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe c für das Vorhaben „Integrierte Regionalentwicklung im Senegaltal“ vorgesehenen Finanzierungsbeiträge in Höhe von 7 000 000,- DM (in Worten: sieben Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in EURO: 3,58 Millionen), wurden im Abkommen vom 10. Dezember 1998 über Finanzielle Zusammenarbeit mit einem Teilbetrag von 6 000 000,- DM (in Worten: sechs Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in EURO: 3,07 Millionen) bereits reprogrammiert (Artikel 5). Der Restteilbetrag von 1 000 000,- DM (in Worten: eine Million Deutsche Mark; nachrichtlich in EURO: 0,51 Millionen) wird reprogrammiert und zusätzlich für das in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe e erwähnte Vorhaben „Integrierte ländliche Entwicklung in der Region Guidimakha“ verwendet,

wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Das im Abkommen vom 15. Dezember 1996 über Finanzielle Zusammenarbeit genannte Vorhaben „Armutsbekämpfung“, für das bisher ein Finanzierungsbedarf in Höhe von 2 000 000,- DM (in Worten: zwei Millionen Deutsche Mark; nachrichtlich in EURO: 1,02 Millionen) vorgesehen ist, wird durch das Vorhaben „Integrierte ländliche Entwicklung in der Region Guidimakha“ in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe e ersetzt, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Nouakchott am 2. November 2000 in zwei
Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei
jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Stephan Krier

Für die Regierung der Islamischen Republik Mauretanien
Mohamed Ould Nani

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls
über die Immunitäten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich**

Vom 5. Januar 2001

Das Protokoll vom 30. Juli 1936 über die Immunitäten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BGBl. 1956 II S. 331) ist nach seinem Artikel 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

China	am 30. Dezember 1997
(mit Erstreckung auf die Sonderverwaltungsregion Hongkong)	
Mexiko	am 10. August 2000
Singapur	am 19. Februar 1998
Türkei	am 28. Dezember 1964.

Slowenien hat der belgischen Verwahrerregierung am 19. November 1996 seine Rechtsnachfolge zu dem vorstehenden Protokoll notifiziert und ist dementsprechend am 25. Juni 1991, dem Tag der Erklärung seiner Unabhängigkeit, Vertragspartei geworden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. Juni 1956 (BGBl. II S. 746).

Berlin, den 5. Januar 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Internationale Seeschiffahrts-Organisation**

Vom 5. Januar 2001

Das Übereinkommen vom 6. März 1948 über die Internationale Seeschiffahrts-Organisation (BGBl. 1986 II S. 423) ist nach seinem Artikel 5 in Verbindung mit Artikel 71 für die

Bundesrepublik Jugoslawien am 11. Dezember 2000
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 30. März 2000 (BGBl. II S. 740).

Berlin, den 5. Januar 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Abkommens über die Gründung der „Eurofima“
Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial**

Vom 5. Januar 2001

Das Abkommen vom 20. Oktober 1955 über die Gründung der „Eurofima“ Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial sowie das Zusatzprotokoll (BGBl. 1956 II S. 907) sind nach Artikel 11 des Abkommens für folgenden weiteren Staat in Kraft getreten:

Slowakei am 21. November 2000.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 28. Mai 1998 (BGBl. II S. 1381).

Berlin, den 5. Januar 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
G. Westdickenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Satzung der
Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung**

Vom 9. Januar 2001

Die Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) vom 8. April 1979 (BGBl. 1985 II S. 1215) ist nach ihrem Artikel 25 Abs. 2 Buchstabe c für die

Bundesrepublik Jugoslawien am 6. Dezember 2000
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 15. November 2000 (BGBl. II S. 1562).

Berlin, den 9. Januar 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-mongolischen Abkommens
über den Fluglinienverkehr**

Vom 9. Januar 2001

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 16. März 2000 zu dem Abkommen vom 29. Mai 1998 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Mongolei über den Fluglinienverkehr (BGBl. 2000 II S. 520) wird hiermit bekannt gemacht, dass das Abkommen nach seinem Artikel 20 Abs. 1

am 6. Januar 2001

in Kraft getreten ist.

Berlin, den 9. Januar 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
des deutsch-niederländischen Vertrags
über die Stationierung von Truppen der Bundesrepublik Deutschland
im Königreich der Niederlande und über das Außerkrafttreten des früheren Abkommens**

Vom 10. Januar 2001

Der in Bergen am 6. Oktober 1997 unterzeichnete Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Stationierung von Truppen der Bundesrepublik Deutschland im Königreich der Niederlande tritt nach seinem Artikel 5 Abs. 1

am 1. Februar 2001

in Kraft; er wird nachstehend veröffentlicht.

Die Ratifikationsurkunden sind am 14. Dezember 2000 in Den Haag ausgetauscht worden.

Zum gleichen Zeitpunkt tritt nach Artikel 5 Abs. 3 dieses Vertrags das Abkommen vom 17. Januar 1963 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Stationierung militärischer Einheiten der Bundesrepublik Deutschland in den Niederlanden (BGBl. 1965 II S. 1438) außer Kraft.

Berlin, den 10. Januar 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich der Niederlande
über die Stationierung von Truppen
der Bundesrepublik Deutschland im Königreich der Niederlande

Verdrag
tussen de Bondsrepubliek Duitsland
en het Koninkrijk der Nederlanden
inzake de stationering van Strijdkrachten
van de Bondsrepubliek Duitsland in het Koninkrijk der Nederlanden

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich der Niederlande –

Die Bondsrepubliek Duitsland
en
het Koninkrijk der Nederlanden,

in dem Bestreben, sich gegenseitig die in dem am 4. April 1949 unterzeichneten Nordatlantikvertrag vorgesehene beiderseitige Hilfe zu leisten;

in der Erwägung, daß das Recht zur Stationierung von Truppen des Königreichs der Niederlande im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und die Modalitäten dieser Stationierung in mehreren Verträgen und Abkommen im Sinne des Nordatlantikvertrags festgelegt und geregelt worden sind –

sind wie folgt übereingekommen:

Verlangende elkaar de in het op 4 april 1949 ondertekende Noord-Atlantisch Verdrag bedoelde wederzijdse hulp te verlenen,

Overwegende dat het recht strijdkrachten van het Koninkrijk der Nederlanden op het grondgebied van de Bondsrepubliek Duitsland te stationeren, alsmede de wijze en voorwaarden waarop deze stationering geschiedt, in verscheidene verdragen en overeenkomsten in de zin van het Noord-Atlantisch Verdrag zijn vastgelegd en geregeld,

zijn het volgende overeengekomen:

Artikel 1

Zur Förderung der Ziele der Nordatlantikvertragsorganisation gestattet das Königreich der Niederlande die Stationierung von Truppen der Bundesrepublik Deutschland im Hoheitsgebiet des Königreichs der Niederlande nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Abkommens.

Artikel 2

Die beiden Regierungen werden von Fall zu Fall in gesonderten Abkommen vereinbaren:

- a) die im Königreich der Niederlande zu stationierenden Truppen der Bundesrepublik Deutschland,
- b) falls erforderlich, alle weiteren in diesem Zusammenhang sich ergebenden grundsätzlichen Angelegenheiten.

Artikel 3

Die Rechtsstellung der im Königreich der Niederlande stationierten Truppen der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Mitglieder und ihres zivilen Gefolges sowie der Angehörigen ergibt sich aus den Bestimmungen des am 19. Juni 1951 unterzeichneten Abkommens zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut) im Verhältnis zwischen dem Königreich der Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland und des am 6. Oktober 1997 in Bergen unterzeichneten Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in dem Königreich der Niederlande stationierten deutschen Truppen (Zusatzabkommen Niederlande).

Artikel 4

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags werden durch Verhandlungen zwischen den Vertragsstaaten beigelegt und nicht an ein internationales Gericht oder an Dritte verwiesen.

Artikel 5

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Den Haag ausgetauscht. Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(2) Dieser Vertrag gilt für die Dauer des Nordatlantikvertrags, wenn nicht eine andere Geltungsdauer vereinbart wird.

(3) Das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Stationierung militärischer Einheiten der Bundesrepublik Deutschland in den Niederlanden vom 17. Januar 1963 tritt an dem Tag außer Kraft, an dem dieser Vertrag in Kraft tritt.

(4) Für das Königreich der Niederlande gilt dieser Vertrag nur für den in Europa gelegenen Teil des Königreichs.

Geschehen zu Bergen am 6. Oktober 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Voor de Bondsrepubliek Duitsland
Hartmann

Für das Königreich der Niederlande
Voor het Koninkrijk der Nederlanden
P. van Walsum

Artikel 1

Ter bevordering van de doelstellingen van de Noord-Atlantische Verdragsorganisatie verleent het Koninkrijk der Nederlanden toestemming toot het stationeren van strijdkrachten van de Bondsrepubliek Duitsland op het grondgebied van het Koninkrijk der Nederlanden in overeenstemming met de bepalingen van dit Verdrag.

Artikel 2

Van geval tot geval sluiten de twee Regeringen afzonderlijke overeenkomsten over:

- a) de in het Koninkrijk der Nederlanden te stationeren strijdkrachten van de Bondsrepubliek Duitsland,
- b) indien noodzakelijk, alle overige principiële aangelegenheden die zich in dit verband voordoen.

Artikel 3

De rechtspositie van de in het Koninkrijk der Nederlanden gestationeerde strijdkrachten van de Bondsrepubliek Duitsland, van hun leden en hun burgerpersoneel, alsmede van de gezinsleden daarvan, is vastgelegd in het op 19 juni 1951 ondertekende Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij het Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten (NAVO-Status-Verdrag) in de verhouding tussen het Koninkrijk der Nederlanden en de Bondsrepubliek Duitsland, en de op 6 oktober 1997 ondertekende Aanvullende Overeenkomst bij het Verdrag tussen de Staten die partij zijn bij Noord-Atlantisch Verdrag nopens de rechtspositie van hun krijgsmachten met betrekking tot de in het Koninkrijk der Nederlanden gestationeerde Duitse strijdkrachten (Aanvullende Overeenkomst Nederland).

Artikel 4

Geschillen met betrekking tot de uitlegging of toepassing van dit Verdrag worden door onderhandelingen tussen de Verdragsluitende Staten beslecht en worden niet aan een internationaal gerechtshof of aan derden voorgelegd.

Artikel 5

1. Dit Verdrag dient te worden bekrachtigd; de akten van bekrachtiging worden zo spoedig mogelijk te 's-Gravenhage uitgewisseld. Het Verdrag treedt in werking op de eerste dag van de tweede maand na de uitwisseling van de akten van bekrachtiging.

2. Dit Verdrag geldt voor de duur van het Noord-Atlantisch Verdrag, tenzij een andere termijn wordt overeengekomen.

3. De Overeenkomst tussen de Regering van het Koninkrijk der Nederlanden en de Regering van de Bondsrepubliek Duitsland nopens de stationering van militaire eenheden van de Bondsrepubliek Duitsland in Nederland van 17 januari 1963 houdt op van kracht te zijn op de dag waarop dit Verdrag in werking treedt.

4. Wat het Koninkrijk der Nederlanden betreft, geldt dit Verdrag uitsluitend voor het in Europa gelegen deel van het Koninkrijk.

Gedaan te Bergen, op 6 oktober 1997, in twee originele exemplaren, elk in de Duitse en in de Nederlandse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens zur Gründung einer europäischen Organisation
für die Nutzung von meteorologischen Satelliten („EUMETSAT“)**

Vom 10. Januar 2001

Das Übereinkommen vom 24. Mai 1983 zur Gründung einer europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten („EUMETSAT“) – BGBl. 1987 II S. 256; 1994 II S. 1062 – ist nach seinem Artikel 16 Abs. 2 in der Fassung des Übereinkommens vom 24. Mai 1983 (BGBl. 1987 II S. 256) für folgende Staaten in Kraft getreten:

Schweiz	am 19. Juni 1986
Spanien	am 19. Juni 1986.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 11. Mai 1994 (BGBl. II S. 759).

Berlin, den 10. Januar 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten der Änderungen
des Übereinkommens zur Gründung einer europäischen Organisation
für die Nutzung von meteorologischen Satelliten („EUMETSAT“)**

Vom 10. Januar 2001

I.

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 5. Juli 1994 zu den Änderungen des Übereinkommens vom 24. Mai 1983 zur Gründung einer europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten („EUMETSAT“) – BGBl. 1994 II S. 1037 – wird bekannt gemacht, dass die vom Rat der europäischen Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten („EUMETSAT“) am 4./5. Juni 1991 angenommenen Änderungen nach Artikel 17 Abs. 2 des Übereinkommens (BGBl. 1987 II S. 256; 1994 II S. 1062) für die

Bundesrepublik Deutschland	am 19. November 2000
----------------------------	----------------------

in Kraft getreten sind; die Annahmeerkunde ist am 7. Oktober 1994 bei der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft hinterlegt worden.

Die Änderungen sind ferner am 19. November 2000 für die übrigen Vertragsparteien in Kraft getreten:

Belgien
Dänemark
Finnland
Frankreich
Griechenland
Irland
Italien
Niederlande
(für das Königreich in Europa)

Norwegen

Österreich

Portugal

Schweden

nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung

Schweiz

Spanien

Türkei

Vereinigtes Königreich

(für das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die der territorialen Souveränität des Vereinigten Königreichs unterstehenden Hoheitsgebiete, die im räumlichen Geltungsbereich des Übereinkommens liegen).

II.

Schweden hat dem Verwahrer bei Hinterlegung der Annahmearkunde am 15. November 1993 folgende Erklärung notifiziert:

(Übersetzung)

“Sweden assumes that Article 8 section 1 does not imply any restrictions on Sweden’s possibilities of utilizing developed and processed products from EUMETSAT in normal development cooperation with a third country.”

„Schweden geht davon aus, dass Artikel 8 Abs. 1 keine Beschränkung der Möglichkeiten Schwedens bedeutet, entwickelte und verarbeitete Produkte von EUMETSAT in der üblichen Entwicklungszusammenarbeit mit einem dritten Staat zu nutzen.“

Berlin, den 10. Januar 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-mexikanischen Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom 25. Januar 2001

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 20. Juli 2000 zu dem Vertrag vom 25. August 1998 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Mexikanischen Staaten über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen (BGBl. 2000 II S. 866) wird bekannt gemacht, dass der Vertrag nach seinem Artikel 22 Abs. 2

am 23. Februar 2001

in Kraft tritt.

Die Ratifikationsurkunden sind in Berlin am 23. Januar 2001 ausgetauscht worden.

Berlin, den 25. Januar 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.
Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolttarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 13 20, 53003 Bonn

Telefon: (02 28) 3 82 08-0, Telefax: (02 28) 3 82 08-36

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgb1.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2001 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 10,40 DM (8,40 DM zuzüglich 2,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 11,50 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen

Vom 25. Januar 2001

I.

Das Europäische Übereinkommen vom 5. Mai 1989 über das grenzüberschreitende Fernsehen (BGBl. 1994 II S. 638) ist nach seinem Artikel 29 Abs. 4 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Estland	am 1. Mai 2000
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung	
Litauen	am 1. Januar 2001.

II.

Estland hat dem Generalsekretär des Europarats am 24. Januar 2000 bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde nachstehende Erklärung nach Artikel 19 Abs. 1 notifiziert:

(Übersetzung)

“The Estonian Riigikogu designates the Ministry of Culture as the competent authority for the purposes of Article 19, paragraph 1 of the Convention.”

„Das estnische Parlament („Riigikogu“) benennt das Kultusministerium als zuständige Behörde für die Zwecke des Artikels 19 Absatz 1 des Übereinkommens.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 3. Februar 2000 (BGBl. II S. 608).

Berlin, den 25. Januar 2001

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger